

DEUTSCHE **POLIZEI**

SEPTEMBER 2017 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



***Vor 40 Jahren
Massiver Protest gegen
AKW Grohnde***



Unser
Schutzpaket
für Polizei-
anwärter

Weil Sie immer alles geben,
geben wir auch immer **alles für Sie.**

Die SIGNAL IDUNA Gruppe bietet allen Beschäftigten der Polizei umfassenden und bedarfsgerechten Versicherungsschutz für die Zeit der Ausbildung und selbstverständlich auch danach. Durch den Spezialversicherer Polizeiversicherungs-Aktiengesellschaft (PVAG), ein Gemeinschaftsunternehmen der SIGNAL IDUNA und der Gewerkschaft der Polizei (GdP), verfügen wir über jahrzehntelange Erfahrung und kennen die Wünsche und den Bedarf der Polizistinnen und Polizisten besonders gut.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

GEWALTSSCHUTZGESETZ



Foto: Zielasko

(...) Es sei ein wichtiger Schritt gewesen, den Grundsatz „Nein heißt Nein“ im Sexualstrafrecht zu verankern. „Dafür haben wir lange gekämpft! Die Gleichstellung von Frau und Mann schließt auch ein Recht der Frauen auf ein gewaltfreies Leben ein“, so Christiane Kern, Leiterin der Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“ und Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesfrauenverbandes.

Seite 13

GEWERKSCHAFTEN



Foto: Holecek

Ende Juli waren Vorsitzende und Vorstandsmitglieder von DGB und Gewerkschaften im Rahmen der diesjährigen „DGB-Sommertour“ in Berlin und Brandenburg unterwegs. Auch ein Besuch bei der Bundespolizeiabteilung in Blumberg stand auf dem Programm.

Seite 15

G20-Spendenaktion: Für ein „Bild“-Fotoshooting überreichen Sven Hüber (r.), stellvertretender Vorsitzender der GdP Bundespolizei, und der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow dem in Hamburg verletzten Kollegen Richard Vogel (m.) von der Bundespolizeiabteilung im sächsischen Bad Dübener See symbolisch die Reiseunterlagen für einen kurzen Erholungsurlaub.

Foto: Zielasko

2/37 FORUM

3 SPENDENAKTION Aktion von GdP und „Bild“: Hilfe für verletzte G20-Polizistinnen und -Polizisten!

4 TITEL/VOR 40 JAHREN Die „Schlacht um Grohnde“ hatte viele Verlierer

12 NACHRICHTEN

15 GEWERKSCHAFTEN DGB-Spitze zu Gast bei der Bundespolizei

17 BUNDESLIGA-TIPPSPIEL Bei bestem Tipp: Fußball-VIP!

18 EINSATZ Nach erneuten Ausschreitungen: Fußball-Störer aus Stadien dauerhaft verbannen

19 SPORT Niedersachsen dominieren Tischtennis-Cup

20 KIRCHENTAG „... einfach mal Danke sagen“

22 POLIZEITAGE Bereitschaftspolizei steckt in 100-Millionen-Investitionsstau

25 INTERNATIONALES Wer nicht pustet, kommt hinter Gitter

28 TARIF Tarifpflege – auf Kosten der Beschäftigten

29 SOZIALES Umstrittene Skandalisierung

31 KRIMINALITÄT Was die Kriminalstatistik über Einbrüche aussagt

35 HOBBY GdP-Mitglied mit Eintrag im Guinnessbuch

38 BUCH Handbuch Polizeimanagement

40 IMPRESSUM



Zu: G20-Gipfel, DP 8/17

Der Kollege Kirsch von der GdP Hamburg hat in schonender Weise das Versagen und die eklatante Fehleinschätzung des Hauptschuldigen, Polizeipräsident Ralf Martin Meyer, bei der Vorbereitung des G20-Gipfels außen vor gelassen und in Anlehnung an den Sprachgebrauch dieses PP nicht von reisenden Rechtsbrechern, sondern lediglich von „Krawalltouristen“ gesprochen.

Dass Meyer eine Fehlbesetzung ist, hat er bereits im Mai 2010 als Pressesprecher der Polizei Hamburg bewiesen, als er von „erlebnisorientiertem Partyvolk und unpolitischen Krawallkids“ sprach, obwohl Straftäter im Schanzenviertel Barrikaden aus Möbeln und Müll anzündeten, einen Drogeriemarkt plünderten, Bankfilialen verwüsteten und Autos umwarfen. Er sorgte damals durch diese Verniedlichung – von dpa verbreitet – des Landfriedensbruchs für bundesweite Empörung unter den Kollegen; er wurde für diesen Fehltritt noch belobigt, indem er den Sprung über den Leiter der Akademie Hamburg zum PP machen konnte.

Hier hat man dem geflügelten Sprachgebrauch nach offenbar „den Bock zum Gärtner gemacht“.

Reinhold Nüchter, Lauterbach



Da trafen sich die 20 wichtigsten Regierungschefs der Welt in Hamburg und die Gegner des Treffens legten mit bürgerkriegsähnlichen Krawallen die Stadt lahm. Dass es dabei nicht zu Toten kam, grenzt an ein Wunder. Viele Journalisten und Politiker bezeichneten die Krawalle als die größten, die die Bundesrepublik je erlebt habe. Aber es waren nicht die größten Auseinandersetzungen in der Geschichte unseres Staates. Haben die Journalisten und Politiker die Startbahn West in Frankfurt/Main vergessen, als unser später hoch gelobter Joschka Fischer zusammen mit anderen sich noch Straßenschlachten mit der Polizei lieferte? Diese Auseinandersetzungen endeten mit dem Tod von zwei Polizeibeamten;

erst danach trat Ruhe ein! Oder die bürgerkriegsähnlichen Zustände nach dem Nachrüstungsbeschluss unter der SPD-Regierung von Helmut Schmidt? Der absolute Irrsinn geschah bei der sogenannten Friedensdemonstration in Bonn, als die „Friedensdemonstranten“ den Friedensnobelpreisträger Willy Brandt mit Eiern bewarfen und an seiner Rede hindern wollten.

Nein, Hamburg war nicht das Schlimmste! Die anderen Auseinandersetzungen sind nur in Vergessenheit geraten! Selbst unser beschauliches Potsdam war in den neunziger Jahren Ort gewalttätiger Auseinandersetzungen mit Haubesetzern und anderen Sympathisanten aus der linken Szene. Auch da gab es brennende Autos, brennende Barrikaden und sogar brennende Häuser. Und es wurde mit Zwillen und Feuerwerks-Raketen auf die Polizeibeamten geschossen.

Und nun gehen wir – wie auch früher üblich – nach einigen Lippenbekenntnissen der Politik über den aufopfernden Einsatz der Polizeibeamten in Hamburg zur Tagesordnung über. Bis zum nächsten Mal, und dann werden dieselben Leute wieder genauso entrüstet sein! Wo bleibt eigentlich die Forderung aus der Politik sowie von unserer GdP, endlich Artikel 8 des Grundgesetzes und das Versammlungsrecht an die Entwicklung anzupassen? Hat nicht die Erfahrung gezeigt, dass mit jeder Liberalisierung des Versammlungsrechts und den entsprechenden höchstrichterlichen Entscheidungen ein Stück Sicherheit (und Toleranz!) bei Versammlungen verloren ging? Wir haben doch eine Große Koalition, so dass es an den Mehrheiten nicht scheitern dürfte.

Wie ist das eigentlich mit der Verantwortung des Versammlungsanmelders und seiner Ordner? Warum können die nicht haftbar gemacht werden für die Schäden, die von ihrer Versammlung ausgehen und die sie nicht unterbunden haben? Und wie steht es mit den Finanzierungen dieser auf Randalen gebürsteten Unruhestifter, beschönigend „Aktivisten“ genannt? Leider ist für Otto Normalverbraucher nicht nachvollziehbar, über welche Kanäle sich diese Gruppen finanzieren. Ist es der Staat direkt, der sie mit Zuschüs-

sen aus Steuergeldern finanziert, sind es die Parteien und Fraktionen, die ihre Mitgliedsbeiträge und Subventionen aus Steuergeldern weitergeben, oder sind es ihre Stiftungen oder gar die Kirchen, die mit ihren Einnahmen diese Gruppen unterstützen? Wahrscheinlich sind es auch staatliche Unternehmen, die direkt oder indirekt diesen Gruppierungen finanzielle Vergütungen zukommen lassen.

Lassen Sie uns doch einmal fragen, ob die Rote Flora im Hamburger Schanzenviertel Miete, Strom, Wasser und andere Nebenkosten bezahlt und ob sie vom Senat respektive vom Bezirk Altona finanzielle Zuschüsse erhält. Mindestens aber gibt es ein Veräußerungsverbot des Gebäudes und eine Veränderungssperre, mit der eine dauerhafte kommunale „Nutzung“ sichergestellt werden soll. Es wird Zeit, dass der Staat sich Gedanken darüber macht, wie sich das Versammlungsrecht und die „alternativen Jugendlichen“ entwickelt haben.

Noch heute, nahezu einem Monat nach Hamburg, steht unbeanstandet an einem Haus in Potsdam, das der alternativen Szene zuzurechnen ist und in dem frühere Hausbesetzer wohnen, „ACAB“ und „Fight the Police“. Und in einem anderen „alternativen Jugendzentrum“, das von einem städtischen Unternehmen zur Verfügung gestellt wurde und das mit 190.000 Euro pro Jahr von der Stadt gefördert wird, wurden zur Vorbereitung auf G20 in Hamburg Übungen durchgeführt. **Peter Schultheiß, Potsdam**

Fortsetzung auf Seite 36

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de



Aktion von GdP und „Bild“: Hilfe für verletzte G20-Polizistinnen und -Polizisten!

Die traurige Bilanz nach dem G20-Gipfel in Hamburg: Weit über 800 der 23.000 eingesetzten Polizistinnen und Polizisten wurden verletzt. Gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) rief die „Bild“-Zeitung daher die Aktion „Solidarität mit G20-Polizisten“ ins Leben. Geld- und Sachspenden, unter anderem von tausenden Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen wie der Deutschen Bahn AG, gingen daraufhin bei den Initiatoren ein.



Screenshot eines Videos nach dem Angriff auf den Kollegen Vogel.

„Das Ergebnis der schönen Aktion wird – gemessen an der Zahl verletzter Polizistinnen und Polizisten – auf die einzelnen Polizeien von Bund und Ländern aufgeteilt und in Form von Sachzuwendungen den jeweiligen polizeilichen Hilfs- und Unterstützungsfonds gespendet“, erklärte GdP-Bundesgeschäftsführerin Alberdina Körner in Berlin. „Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen eine baldige und vollständige Genesung sowie gute Erholung!“

Für derartige Anlässe gegründete Stiftungen

Das ist zum Beispiel in Berlin die Volker-Reitz-Stiftung, in der Bundespolizei die Bundespolizei-Stiftung oder in Schleswig-Holstein der Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not e.V. Die beteiligten Stiftungen werden den

verletzten Kolleginnen und Kollegen, die im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel einen Dienstunfall gemeldet haben, als Beitrag zur Genesung und schnellen Wiederherstellung der Dienstfähigkeit und zur Verarbeitung des Erlebten eine Sachzuwendung für einen Erholungsaufenthalt eigener Wahl zukommen lassen.

Die Stiftungen sind gemeinnützig und explizit für derartige Anlässe gegründet worden. Es geht nicht um die Vergabe von Belohnungen und Geschenken, sondern um eine Genesungshilfe (in Form eines Genesungsurlaubes), die dazu dienen soll, das Erlebte zu verarbeiten.

Die Sachzuwendung erfolgt in Form eines Hotelgutscheins der TUI für sich, ihre/n Partner/in und Kinder sowie zwei Freifahrtscheine der Deutschen Bahn in der 1. Klasse (Kinder bis

14 Jahre fahren gratis mit) und einen Gutschein von BILD Plus an den Erholungstagen.

Was müssen Kolleginnen und Kollegen tun?

Um die Zuwendung zu erhalten, müssen die betroffenen Kolleginnen und Kollegen einen Dienstunfall im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel gemeldet haben und sich mit der Stiftung in Verbindung setzen (https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_G20-Gutscheine).

Polizeistiftungen organisieren Genesungshilfe

Man kann seine Kontaktdaten als G20-Verletzter auch über die Dienststelle an die Stiftung mitteilen lassen, wenn man sein Einverständnis erklärt.

Eine Mitgliedschaft in der GdP ist nicht erforderlich, um an dieser Aktion teilhaben zu können. Da die Gutscheine eine begrenzte Gültigkeit haben, wird empfohlen, nicht mit der Meldung zu warten.

Dürfen Polizistinnen und Polizisten diese Hilfe überhaupt annehmen?

Ja! Zwar dürfen sie selbstverständlich keine Vorteile von Dritten des Amtes wegen annehmen. In diesem Fall handelt es sich jedoch um Sachzuwendungen der polizeilichen Stiftungen aus ihnen zugeflossenen Spenden. Die Zuwendung geht ganz



Bild-Chefreporterin Claudia Weingärtner, Sven Hüber (h.l.), GdP Bundespolizei, und GdP-Chef Oliver Malchow im Gespräch mit Richard Vogel (r.). Fotos (2): Zielasko

im Sinne ihres Stiftungszwecks an die verletzten Polizistinnen und Polizisten.

So ist die Genesungshilfe organisiert:

Für Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Volker-Reitz-Stiftung in Berlin; in Baden-Württemberg: Polizeistiftung des Landes Baden-Württemberg; Bundespolizei: Bundespolizeistiftung; in Brandenburg: Polizeiunterstützungsverein Grüner Stern Brandenburg e.V.; in Bremen: Initiative Bürger & Polizei e.V.; in Nordrhein-Westfalen: Polizeistiftung NRW; im Saarland: Hilfsfonds der saarländischen Polizei; in Schleswig-Holstein: Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not e.V. (HUPF e.V.). **kör/wsd**



40 JAHRE 'SCHLACHT UM GROHNDE' 1977 - 2017

DER 19. MÄRZ 1977 SCHAUPLATZ POLIZEISPERRE AM ORTSAUSGANG VON KIRCHHOSEN

2

Kein Atomkraftwerk
in Grohnde



und anderswo

Gewillfrees Aktion Umweltschutz Grohnde



Kämpfe zwischen Polizei und Demonstranten

Foto: Holecek

Die „Schlacht um Grohnde“ hatte viele Verlierer

Von Rüdiger Holecek

Der Tag, an dem Abteilungsführer Otto Knoke einen Teil seines Humors verlor, („...und das für immer“), war der 19. März 1977. Es war der Tag vor 40 Jahren, als rund 15.000 Demonstranten versuchten, den Bauplatz des geplanten Kernkraftwerks im niedersächsischen Grohnde zu besetzen. Ihnen standen etwa 5.000 Polizeibeamte entgegen. Den zum Teil mit Gasmasken und Helmen ausgerüsteten Demonstranten gelang es, auf 15 Metern Länge den doppelten Metallgitterzaun einzureißen. Es war die bis dahin gewalttätigste Auseinandersetzung der westdeutschen Demonstrationsgeschichte mit vielen Verletzten. Sie ging als die „Schlacht um Grohnde“ in die Protestgeschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung ein. Die Auseinandersetzung um die friedliche Nutzung der Kernenergie gehört zu den größten gesellschaftlichen Konflikten im Nachkriegsdeutschland. Die Frontlinien verliefen durch Regionen, Städte und Ortschaften, auch durch Familien.

Knoke blickt zurück: „Als die Auseinandersetzungen am Zaun begannen, liefen wir, was das Zeug hält, zum Zentrum des Einsatzes,

um die anderen Kräfte zu entlasten. Wir kamen an, als gerade die Reiter Schlacht im vollen Gange war.“

Ein Zeitzeugengespräch ließ die

Vergangenheit wieder lebendig werden. Initiiert hat es die Leitung der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden gemeinsam mit dem örtlichen Personalrat und tatkräftiger Unterstützung des Förderkreises für Polizeigeschichte Niedersachsen e.V. Es erinnert an ein beeindruckendes Kapitel im nachkriegsdeutschen Demonstrationsgeschehen.

Uneinnehmbar

„Das nimmt niemand ein! So hatte es die Baufirma der Polizei mitgeteilt und meinte damit die Sicherheit des Zaunes. Niemand konnte sich vorstellen, dass der Zaun eingerissen werden könnte. Den Einsatzablauf hat wahr-



VOR 40 JAHREN

scheinlich auch die Einsatzleitlinie des damaligen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht bestimmt, der angemahnt hatte, dass der Rechtsbruch auf Seiten der Störer offensichtlich werden sollte. Die auswärtigen Gruppen hatten ein enormes Gewaltpotenzial“, erinnert sich mit Andreas Schiefer, damals Einsatzreferent im niedersächsischen Innenministerium, ein weiterer Zeitzeuge.

Rolle des Gegners wird der Polizei nicht gerecht

„Der Protest gegen die kommerzielle Nutzung der Atomenergie wurde durch starke soziale und politische Gruppen in unserer Gesellschaft getragen, die eine eigene Erinnerungskultur entwickelt haben. Die Polizei spielt darin bisher nur den Part des Gegenübers, des Gegners, der nicht selten Gewalt angewendet hat. Diese Sichtweise ist einseitig und wird der Funktion und Rolle von Polizei in einer demokratischen Gesellschaft nicht gerecht“, sagt Dr. Dirk Götting, Lehrbeauftragter für Polizeigeschichte in der Aus- und Fortbildung der Polizeiakademie und Kurator des Polizeimuseums Niedersachsen. „Wenn sich die Polizei paramilitärischen Aktionen



Ausstellung: Helme und Einsatzmittel heute und damals.

Fotos (2): Holecsek

grenze“, so Götting, der hinzufügt: „Daran hat sich in 40 Jahren nichts geändert.“

Kritik und Nachdenklichkeit

Den Anstoß für das Zeitzeugengespräch gab der Hamelner Historiker

der Friedfertigkeit von Protestformen gegen die Atomenergie darstellt. Gelderblom betont: „Die Ausstellung verfolgt keinen historischen oder sozialwissenschaftlichen Ansatz, der die Ereignisse aus der Distanz einordnet und bewertet. Sie betrachtet den Widerstand gegen Grohnde mit grundsätzlicher Sympathie, wenn auch aus zeitlichem Abstand. Im Zentrum stehen Erfahrungsberichte von Menschen, die an dem damaligen Geschehen beteiligt waren, darunter zwei Polizeibeamte. Sie repräsentieren nachdenkliche, kritische und kontroverse Sichtweisen. Auch bei der Darstellung der Ereignisse des 19. März 1977 versucht die Ausstellung, unterschiedliche Sichtweisen – der Demonstranten, der Polizei, der Presse – einzunehmen.“

Polizeirelevante Geschichtsthemen

Die Veranstaltung fand im Sitzungssaal der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden statt, in den der Leiter der Polizeiinspektion, Ralf Leopold, gemeinsam mit dem Polizeipräsidenten Uwe Lührig zu einer außerordentlichen Führungskräftebesprechung eingeladen hatte. Sie fand in Gegenwart von Führungskräften der Polizei, des Landrates Tjark Bartels, Emmerthals Bürgermeister Andreas Großmann und der CDU-Landtagsabgeordneten Petra Joumaah statt.



ausgesetzt sieht, dann kommt sie als Sicherheits- und Ordnungsorgan einer Zivilgesellschaft an ihre Leistungs-

Bernhard Gelderblom, der in seiner Ausstellung „40 Jahre Schlacht um Grohnde“ die Gewalt und die Frage



Die Aufarbeitung der „Schlacht um Grohnde“ stieß nicht nur bei Zeitzeugen auf reges Interesse.

Fotos (2): Holecek

Lebendig wurde der denkwürdige Polizeieinsatz durch eine Reihe polizeilicher Zeitzeugen. Die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden hatte sich bereits mit den Ausstellungen „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS Staat“ und „Von der Polizeiassistentin zur Führungskraft“ in den vergangenen Jahren intensiv mit polizeirelevanten Geschichtsthemen auseinandergesetzt.

Deutliches Schlurfen

Volker Dowidat, damals eingesetzt als Angehöriger der Bereitschaftspolizei unmittelbar auf dem Baugelände am Zaun, analysiert: „Zwar wurde in der Ausbildung auch das Formieren einer Polizeikette mit Schutzschild geübt, doch mit dem Ziel, Demonstrations Teilnehmer mit sanfter Gewalt abzu drängen. Die Ausstattung bestand aus einem Halbschalenhelm, einem kurzen Schlagstock und einem runden Kunststoffschild aus Plexiglas. An den Füßen trugen wir in der Bereitschaftspolizei Gummistiefel. Wenn die Einsatzhundertschaft damit loslief, dann hat man ein deutliches Schlurfen gehört. Letztlich waren wir aber auf das, was dann in Grohnde geschah, nicht vorbereitet.“



Kollegen konnten nicht mehr kriechen

Eigentlich war er Streifenpolizist der Autobahnpolizeistation Hannover Ahlem, aber am jenem Tag fand sich Joachim Ulber als Angehöriger der 21. Einsatzhundertschaft am Bauzaun des Kernkraftwerks wieder: „Wir wussten, dass es viele verletzte Kollegen gegeben hat. Wir haben den eingeris-

senen Zaun gesehen, die Feuerlöscher und die total erschöpften Kollegen. Die konnten teilweise gar nicht mehr kriechen und hatten einen Ölfilm über Helm und Gesicht.“

Heinrich Fockenbrock, damals Leiter Außendienst im Polizeikommissariat Hameln, sagt: „Bei der Demonstration ist mir schon bei der Anfahrt der auswärtigen Teilnehmer ein so hohes Potenzial an Aggression begegnet, auf das ich nicht eingestellt war. Auch mit den Menschenmassen habe ich so nicht gerechnet.“

Am 3. Dezember 1973 war der Bauantrag für das Kernkraftwerk (KKW) Grohnde beim Niedersächsischen Sozialministerium gestellt worden. Gegen den Bauantrag reichten im Sommer 1974 über 12.000 Menschen Einsprüche ein. Beim Erörterungstermin am 3. und 4. Oktober 1974 wurden die Bedenken vorgetragen. Trotzdem erteilte das Niedersächsische Sozialministerium am 8. Juni 1976 die erste Teilerrichtungsgenehmigung.

Warum eskalierten die anfangs noch friedlichen Proteste?

Michael Stricker, historisch interessierter Polizeibeamter aus Berlin, hat den Verlauf des Einsatztages akribisch recherchiert. Eine chronologische Aufarbeitung stellte er in einem Buch zu-



Konfrontation der Polizei mit einer Hamelner Gruppe längs der B 85 in der Nähe von Tor 2





sammen, das in der Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V. erschienen ist. Stricker erklärt: „Die Bürgerinitiative Weserbergland hatte am 19. März in Kirchhohnsen eine Versammlung angemeldet. Es sattelten sich Gruppierungen aus Norddeutschland auf und wollten eigentlich gemeinsam eine Demonstrationsleitung machen. Aber während die regionalen, örtlichen Bürgerinitiativen sich der Gewaltfreiheit verschrieben, und das auch so propagiert hatten, gerieten die in Konflikt mit Leuten, die sich die Gewaltanwendung durchaus vorbehalten. Das waren vornehmlich K-Gruppen.

Der Versammlungsleiter der örtlichen Bürgerinitiativen ahnte schon: Das nimmt hier keinen guten Ausgang und beendete die Veranstaltung. Er

sagte, für das, was jetzt komme, sei er nicht mehr verantwortlich. Einen Monat vorher, am 19. Februar, hatte es eine Demonstration in Brokdorf gegeben. Die gewaltbereite Szene, die dort in Masse auftrat, war an den Vordersperren hängen geblieben und nicht zum Zuge gekommen. Einen Monat später haben sie dann den örtlichen Bürgerinitiativen das Heft aus der Hand genommen.“

Die Gewalt kam mit den K-Gruppen

Auch Gelderblom sieht in den verschiedenen kommunistischen Gruppen der 1970er-Jahre und bei den ersten Autonomen die Konstante der Gewalt: „Deren Herz schlug gar nicht

für den Widerstand gegen die Kernkraft. Die Anti-AKW-Bewegung, wenn man sie zeittypisch für eine Phase als geschlossene Bewegung bezeichnen will, die transformiert sich in andere Bewegungen, etwa in die Ökologiebewegung, in die Frauenbewegung – und das sind rein friedliche Erscheinungsformen. Daher würde ich das Problem der Gewalt eher bei den K-Gruppen verorten, die solche Bewegungen für eigene Zwecke nutzten.“

Die Initiatoren der Aufarbeitung der damaligen Ereignisse im Gespräch mit DEUTSCHE POLIZEI (DP):

War ein Thema wie Kernkraft oder Bau eines Atomkraftwerkes (AKW) als Konflikt zwischen Bürgern und Polizei überhaupt konsensfähig?

Götting: „Es geht nicht darum, zwischen Polizei und Bürgern einen Konsens über den Bau eines Atomkraftwerkes herzustellen. Das ist nicht unsere Aufgabe, ist nicht Sache der Polizei. Wir müssen die Rolle und Funktion der Polizei in solch einem Konflikt deutlich machen. Sowohl nach außen, als auch in diese Gruppen hinein, soweit sie zuhören. Wir können nicht alle erreichen, wohl aber müssen wir kommunikationsbereit sein und bleiben. Vor allem geht es für mich darum, in die Polizei hinein das zu kommunizieren, was wir da eigentlich machen. Jede einzelne Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamte muss sagen können, was Aufgabe der Polizei ist. Damit auch bei uns diese Feindbildung nicht aufkommt.“

Nicht nur in Grohnde wurde alles dafür getan, dass Feindbilder entstehen.

Gelderblom: „Eine Zeitzeugin sagte, sie hätten immer mit den Polizisten geredet. Sie hätten denen Blumen in die Hand gedrückt. Warum geht das plötzlich nicht mehr? Warum reden die nicht mehr mit uns? Und ein Polizist habe gesagt: Ja, es ist so gewollt. Es ist die Kommunikation nicht mehr gewollt. Die Polizei in Grohnde war fast nicht mehr zu unterscheiden vom Bundesgrenzschutz, oder von den Werkenschützern. Die Wahrnehmung, die die Demonstranten damals hatten, war: Es ist eine absolute Geschlossenheit der pro AKW-Bewegung da.“

Die Polizei wurde als Bestandteil der Pro-AKW-Bewegung gesehen?

Gelderblom: „Das wurde so wahrgenommen. Der Staat, alle Behörden,



Fotos (2): Holeczek



VOR 40 JAHREN

die Bauherren, die Medien standen auf der Pro-AKW-Seite. Die AKW-Gegner hingegen fühlten sich einer geschlossenen Front gegenüber stehend. Wir können uns bestimmte Hysterien heute nicht mehr vergegenwärtigen. ‚Der Atomstaat‘ ist ja mit dem ‚SS Staat‘

abgelaufen. Dann wäre der Bauplatz nicht mehr zu halten gewesen.“

Gelderblom: „Das wirkte natürlich eskalierend. Das muss man sich auch vorstellen. Der Anfang war in Whyl gewesen. Da war die friedliche Besetzung gelungen. Da hatte die baden-

völlig gegen Gewalteinwirkungen sichern. Wir müssen auch immer im Auge behalten, dass die Gewaltanwendung eine bewusste Provokation der Polizei darstellt – damals wie heute. Die Polizei soll zu einer Gegenreaktion gezwungen werden. Damals



Initiatoren der Grohnde-Aufarbeitung (v.l.) Dr. Dirk Götting, Bernhard Gelderblom, Ralf Hermes und Michael Stricker

Foto: Holecsek

identifiziert worden. Das war so in den Köpfen der Demonstranten.“

Stricker: „Aber man muss auch hinterfragen, warum Grohnde so gesichert wurde. Das war eine Konsequenz aus den Ereignissen um Brokdorf. Brokdorf war ab 1976 nach jeder Demonstration immer stärker gesichert worden. Nicht etwa, weil eine friedliche Protestbewegung da war, sondern, weil eine Gewaltszene dort auftauchte, innerhalb der Masse der Friedlichen, die man mit einem einfachen Maschendrahtzaun nicht mehr hätte aufhalten können. Es war zunächst eine einsatztaktische Sicherungsmaßnahme, einmal vom AKW-Betreiber, klar, auch gewollt und unterstützt von der Politik, die der Polizei sogar geholfen hat. Hätte es hier nur einen Maschendrahtzaun gegeben, dann wäre das hier ganz anders

württembergische Landesregierung schließlich kapituliert. Whyl ist nicht gebaut worden. Die Idee der Bauplatzbesetzung stammt aus Whyl.“

Heute wird der Polizei oft entgegengehalten: Warum tritt die Polizei bei Demonstrationen, bei denen mit Gewalt gerechnet werden muss, so martialisch auf? Ist nicht jedes Teil der Schutz-ausstattung, die heute das Bild des Einsatzbeamten prägt, die Geschichte einer Verletzung, einer ziemlich schweren?

Götting: „Ja, wir haben natürlich Konsequenzen aus einer mangelnden Ausrüstung gezogen. Ich möchte hier nur auf die vom Kollegen Dowidat geschilderten Einsatzkräfte in Gummistiefeln verweisen. Aber es geht nicht nur um ein einfaches Reagieren auf erfahrene Gewalt. Wir können uns nicht

hatte die Polizei gerade ihre paramilitärische Ausbildung und Ausrüstung abgeschafft und setzte bewusst auf ein ziviles Erscheinungsbild. Die neuen Oestergaard-Uniformen sind dafür das beste Beispiel. Die Gewalt in Grohnde traf die Polizei technisch weitgehend unvorbereitet. Die alte Ausrüstung für den Geländekampf war abgeschafft und für eine Auseinandersetzung im Rahmen von Demonstrationsveranstaltungen war noch kein zweckmäßiger Ersatz beschafft worden. Heute ist der Schutz der Einsatzkräfte deutlich besser, doch gibt es weder einen hundertprozentigen Schutz vor Verletzungen, noch stößt diese militärisch anmutende Ausrüstung in der Öffentlichkeit allseits auf Verständnis. Die Polizei in einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft läuft leider immer Gefahr,



von Gewalttätern, die diese Freiheit missbrauchen, verletzt zu werden. Es bleibt bei einer Gratwanderung zwischen dem höchstmöglichen Schutz der Einsatzkräfte und dem Eindruck, den diese Schutzausstattung in der Öffentlichkeit hinterlässt.“

War es nicht auch eine Reaktion auf die Polizei auf der anderen Seite des Grenzzaunes, wie so vieles in den Zeiten des kalten Krieges? Wie sieht die Ost-Uniform aus, wir machen eine andere?

Götting: „Nicht nur das. Wir wollten den Bürger in Uniform, ein anderes Polizeibild. Es gab in den 70ern schon ein Umdenken, eine Diskussion darüber, was die Rolle und Funktion von Polizei in unserer Gesellschaft ist. Wir können bis in die 90er-Jahre nicht nur in Niedersachsen eine kritische Selbstbetrachtung der ‚Polizei im Spannungsfeld zwischen Staat und Gesellschaft‘ feststellen. Ich habe meine Ausbildung zum Kommissar in den späten 1980er-Jahren gemacht. Da wurde das Versammlungsrecht sehr intensiv behandelt. Wir lernten, dass sich unsere Maßnahmen bei einer Demonstration, aus der Gewalt hervorgeht, nicht gegen die gesamte Demonstration richten dürfen. Für mich ist wichtig, dass man nicht nur reagiert, sondern immer auch im Auge behält, um was es den Leuten geht, die hier durch Gewaltanwendung provozieren wollen. Wir müssen uns als Polizeibeamtinnen und -beamte verinnerlichen, wofür wir da sind, nämlich sowohl für Sicherheit als auch für Freiheit Sorge zu tragen. Wir sind Garanten für die Freiheit, die es überhaupt ermöglicht, zu demonstrieren. Wenn wir uns aus den Demonstrationen rechts und links heraushalten würden, dann sind wir wieder in den Weimarer Verhältnissen, die Gewalt auf der Straße eskaliert und die Polizei verliert die Kontrolle und damit das ihr zustehende friedensstiftende Gewaltmonopol.“

Für eine neue Umdrehung der „Rüstungsspirale“ sorgt der Einsatz von Kriegswaffen durch Terroristen. Und nach den Ereignissen insbesondere in Paris fragen sich unsere Kollegen „Wie sollen wir denn da rauskommen?“

Götting: „Ich sage nicht, wir müssen dem in Badehosen entgegentreten, aber wir müssen im Auge behalten, dass es diesen totalen Schutz und diese totale Sicherheit leider nicht gibt. Und gegen einen Angriff mit Kriegswaffen, gegen Selbstmordattentäter mit

Sprengstoff am Körper, dagegen sind auch Soldaten weitgehend machtlos – leider.“

Ralf Hermes, Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe Göttingen und Mitglied im GdP-Landesvorstand: „Das ist die Geschichte einer Rüstungsspirale. Die Ursachen kann man vielleicht auch in der Schlacht um Grohnde sehen: alter Helm, neuer Helm. Aber wir müssen auch aufpassen! Ich sehe aktuell mit einer gewissen Sorge auf die Ausstattungsspirale in der Polizei. Vieles ist gut, aber muss es wirklich bis hin zum G36 im Streifenwagen gehen? Verwandeln sich so Stück für Stück die derzeitigen Bürgerpolizisten in einen hochtechnisch ausgestatteten Robocop? Wie weit müssen wir auch in der Polizei eine gewisse Risikoakzeptanz haben und sagen: Nein, wir rüsten nicht hundertprozentig auf, mit allem, was technisch möglich ist. Die Polizei verkörpert Staatsgewalt und den Staat.

bei Grohnde nicht anders. Da wird Gewalt als adäquates Mittel für sich in Anspruch genommen. Ein friedlicher Protest ist nicht nur legal, sondern auch legitim. Die Organisatoren von Demonstrationen müssen sich aber wesentlich mehr und engagierter von gewaltorientierten Leuten lösen und deutlich sagen: Wir wollen keine Gewalttäter in unseren Reihen haben. Und wenn die auftauchen sollten, dann werden wir erst mal gar nicht loslaufen, bevor die nicht verschwunden sind.“

Gelderblom: „Das Furchtbare für mich ist: Grohnde war ein Wendepunkt, aber warum war es ein Wendepunkt? Nur deswegen, weil es so fürchterlich gewalttätig war. Es haben ja Leute hier versucht, das gewaltfrei zu halten. Auch die Bilder zeigen das: Am Zaun tätig waren vielleicht zehn Prozent. Die anderen waren Voyeure. Der Reitereinsatz ist bei den Demonstranten eine absolut traumatische Erin-



*Bernhard Gelderblom
im Gespräch mit DP-
Chefredakteur
Rüdiger Holecek (r.).
Foto: GdP*

Wir müssen aber ‚auch Mensch‘ bleiben, auch optisch.“

Stricker: „Dessen muss sich aber auch jeder Bürger bewusst sein, der sich auf eine Versammlung begibt. Das sind bei unserem Gegenüber nicht alle. Die haben ganz andere Intentionen im Kopf, wenn man sich die Propaganda im Vorfeld von G20 ansieht. Das war

nerung. Ich weiß auch, dass an dieser Stelle der Durchbruch gelungen war. Aber für die Demonstranten war es der Eindruck, dass die Polizei absolut rücksichtslos in die zurückflutenden Menschenmengen hineingeritten ist, und mit langen Stangen von den Pferden herab zugeschlagen hat und zwar unterschiedslos.“ >



VOR 40 JAHREN

Stricker: „Da muss ich aber widersprechen, aufgrund der Quellenlage und der Fotos, die ich gesehen habe. Die Leute, die sich dort aufhielten, waren Gewalttäter. Und das waren nicht nur zehn Prozent. Das war die absolute Masse. Diese Menge ist aus der Bewegung heraus zum Angriff vorgegangen. Das war ein militanter Angriff. Das war eine Demonstration

ßen sollte, geriet ins Wanken, die Demonstranten gingen zum Gegenangriff über. Das waren keine Normalbürger, keine friedlichen Demonstranten.“

Gelderblom: „Die Leute, die den Reitereinsatz erlitten haben, sind heute in meinem Alter. Ganz viele Frauen darunter. Die kann ich nicht identifizieren als am Zaun kämpfend.“

Götting: „Der Reitereinsatz ist nicht

menen professioneller umgeht. Unfriedliche Demonstrationen werden in der Ausbildung thematisiert, und es werden verschiedene Lösungsmöglichkeiten behandelt. Natürlich ist auch die Ausstattung besser beziehungsweise effektiver geworden. Und letztendlich hat die Rechtsprechung nach Grohnde deutlich gemacht, wo die Grenzen des polizeilichen Handelns liegen. Die Mut-



Die Grohnde-Experten am Ort der Geschehnisse.

Foto: Holecek

der Gewalt. Auch die Gruppen mit den schönen Schildern. Die waren organisiert, die wussten, was sie taten und die wussten, was sie wollten. Aus dem Lautsprecherwagen wurde gesagt: Die Demonstration verschieben wir auf das nächste Mal, wir schreiten gleich zur Bauplatzbesichtigung. Der Reitereinsatz war gar nicht geplant. Das war eine ad-hoc-Entscheidung des Staffelführers, um von Gewalttätern bedrängte Kollegen zu befreien. Die Räumkette, die die Lücke schlie-

unumstritten, auch nicht in den Reihen der Polizei. Es wurde dabei nicht unterschieden zwischen gewaltbereiten und friedlichen Demonstranten. Nicht alles, was seitens der Polizei in diesem Einsatz gelaufen ist, war in Ordnung, war im Nachhinein betrachtet verhältnismäßig.“

Welche Konsequenzen hat die Polizei daraus gezogen?

Götting: „Eine Lehre daraus ist, dass die Polizei mit solchen Gewaltphäno-

langen- und Brokdorf-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts oder die rechtliche Bewertung des sogenannten Hamburger Kessels. Die Polizei kann nicht den Staat um jeden Preis auf der Straße verteidigen.“

Darf die Polizei verlieren?

Götting: „Es geht nicht um verlieren, es geht nicht um gewinnen. Es geht um ein einsatztaktisch angemessenes, rechtlich sicheres und vor allem den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit



VOR 40 JAHREN

berücksichtigendes Verhalten der Polizei. Und in diesem Sinne kann natürlich auch ein Zurückweichen die angemessene Reaktion sein."

Hermes: „Mal provokant gesagt: Die Polizei darf auch mal ‚verlieren‘. Wenn man alleine uns Polizeipraktikern freie Hand geben würde, ohne einen gesetzlichen Sicherungsrahmen, dann würden wir von unserer Berufsentention und vom pragmatischen Vorgehen her immer mehr Schritte gehen, und hier auch Grenzen überschreiten, die rechtsstaatlich notwendig, aber praktisch hinderlich sind. Die Brokdorf-Entscheidung sagt deutlich: Es reicht nicht, wenn fünf Leute gewalttätig sind und 500 sind friedlich, zu dem Schluss zu kommen, das sei eine unfriedliche Demonstration. Auch beim Hamburger Kessel haben wir vor Gericht verloren, und ich glaube, es ist in der Gesamtbetrachtung auch gut so. Der Blick in unsere Geschichte zeigt, es ist für das Staatsgefüge extrem wichtig, dass die Exekutive, die Polizei, so sympathisch wir uns auch selber empfinden mögen, einer juristischen Kontrolle unterliegt und zwar einer sehr strengen.“

Sind sie mit den Lernschritten der Polizei zufrieden?

Götting: „In der historischen Betrachtung auf jeden Fall. Die Polizei als Institution hat gelernt. Sie hat eine Routine und Professionalität entwickelt im Umgang mit Demonstrationen, mit Bürgerprotesten auf der Straße, die wahrscheinlich weltweit einmalig ist. Zwar gibt es immer mal wieder Ereignisse, wo es nicht ganz so gut klappt. Stuttgart 21 war so ein Beispiel. Aber ich glaube, dass bei der Masse an Demonstrationen, die wir hier in Deutschland polizeilich zu bewältigen haben, wir als Polizei mittlerweile eine vorbildliche Kompetenz erreicht haben. Ich bin fest davon überzeugt, dass es weltweit kaum eine andere Gesellschaft gibt, in der sich die Polizei sowohl als Garant für die öffentliche Sicherheit begreift, also auch als ein Garant für den Schutz des Versammlungsrechts der Bürgerinnen und Bürger.“

Stricker: „Die Einsatztaktik der Hundertschaften hat sich wesentlich verändert. Es wird gezielter gegen Gewalttäter vorgegangen, indem man versucht, sie aus einer Versammlung rauszuholen und beweisicher zu überführen. Aber es ist auch

wichtig, dass die Polizeiführungen sich nicht instrumentalisieren lassen. Vor einigen Jahren sollte eine NPD-Demonstration an der Berliner Straße Unter den Linden stattfinden. Die Polizei hätte eigentlich die Wegstrecke freihalten müssen. Der Polizeiführer hat das aber unterlassen. Frage: Räume ich das jetzt, um den Rechten den Weg frei zu hauen? Nein. Die sind dann vor das Verwaltungsgericht gegangen und haben auch Recht bekommen. Aber vor Ort, einsatztaktisch, war es richtig.“

Hermes: „Durch die Gewalt am Bauzaun in Grohnde hat die Anti-Atom-Bewegung viel verloren. Die Gewalt für eine Sache zu benutzen, schädigt. Ich bin sicher, dass man in einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft mit friedlichen Protestformen weiter kommt.“

Das Redaktionsgespräch fand im Juni vor den Ereignissen rund um den G20-Gipfel in Hamburg statt.

Die Anfänge der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung reichen über 40 Jahre zurück. Der Höhepunkt des Atomkonflikts fällt in die späten 1970er-Jahre. Die erste erfolgreiche Anti-AKW-Initiative der Welt begann 1958 in Kalifornien und richtete sich gegen das Kernkraftprojekt an der Bodega Bay nördlich von San Francisco. Zum historischen Höhepunkt der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung wurde der Widerstand gegen das Gorleben-Projekt, den Plan der damals größten Wiederaufarbeitungsanlage der Welt.

Das Tauziehen um das Kernkraftwerk Grohnde, betrieben von der E.ON-Vorgängerin PreussenElektra, geht weiter. Erst im Februar forderten drei Städte nahe des AKW, den gut 30 Jahre alten Reaktor wegen seiner Störfähigkeit abzuschalten.

Die Ausstellung „40 Jahre Schlacht um Grohnde“ von Bernhard Gelderblom wird ab November in der Polizeiakademie Niedersachsen gezeigt werden.



COP® SPECIALS
September / Oktober 2017

**Gültig vom 20.08. bis 31.10.2017

COP

MIT SHOPS IN
BERLIN · LEIPZIG
MÜNCHEN · WIEN

1 Einsatzstiefel
MAGNUM® "Must 5.0 WP"
Art.-Nr: 87801327-Größe
Farbe: schwarz; Größen: EU 39 - 48
Schafthöhe Gr. 43: 15 cm
Obermaterial: wasserdichtes, atmungsaktives Obermaterial mit Einlagen aus Leder. Vibramsohle. Sehr leichter Einsatzstiefel/-schuh.



AKTIONSPREIS**
€ 69,90
statt 89,99*



2 CANNAE OPS
1-Sling-Rucksack
Art.-Nr: CANCPGBOSB-S
Maße 40 x 26 x 15 cm (H x B x T)
Gewicht: 1,3 kg
Farben: schwarz
Material: Nylon
Ein kompaktes Raumwunder!



AKTIONSPREIS**
€ 85,90
statt 99,99*

3 SAFARILAND® 575 GLS
PRO-FIT 7TS Innenholster
Art.-Nr: 51575-283-411
Ein Holster mit universeller Passform für eine Vielzahl von Pistolen
Nicht passend für H&K P7/M8/M13, P7/PSP
Farbe: schwarz
Für Gürtelbreite bis 30 mm. Mit der patentierten GLS-Sicherung.



SAFARILAND
AKTIONSPREIS**
€ 59,90
statt 79,99*



Fingerspitzenschutz (4+)



4 HATCH®
"PPG2"
Einsatzhandschuh
Art.-Nr: 35PPG2-Größe
Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz
Material: 40% Synthetikleder, 25% Polyethylen, 25% Polyester 10% Polyamid
EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
2 5 4 3 Durchstichfestigkeit: Kategorie 3

AKTIONSPREIS**
€ 69,90
statt 89,99*

5 Einsatz- u. Zugriffshandschuh COP® DGF200TS
Art.-Nr: 32F200TS-Größe
Knöchelschutz erfolgreich nach EN13594:2002 getestet
Größen: XXS - 3XL
Außenmaterial: 100% Rindsleder
Innenmaterial: 100% Polyester



AKTIONSPREIS**
€ 29,90
statt 49,99***



AKTIONSPREIS**
€ 29,90
statt 49,99*

6 Under Armour®
Tactical Tac Duty Glove Handschuh
Art.-Nr: UA1242620S-Größe
schwarz; Größen: S - XL
Material: 100% Polyamid
Leichter Handschuh mit atmungsaktivem Material auf dem Handrücken und zusätzliche Polsterung über den Knöcheln.

7 UV-Taschenleuchte
QuikLite LED Q-PROUW
Art.-Nr: QL-PRO-UW
Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm
Gewicht: 35 g
10 Lumen
(weiße LED) und UV-Licht/Schwarzlicht.



AKTIONSPREIS**
€ 29,90
statt 49,99*

inkl. Diffusoraufsatz XFLARE

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. ** ehemaliger Verkäuferpreis
**Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. August bis 31. Oktober 2017

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail support@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de



„Jeder Übergriff ist einer zu viel“

„Mehr Respekt! Wie mit Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst umgehen?“: Diese Problematik diskutierte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) auf einer Konferenz Mitte Juni in Berlin. „Jeder Übergriff ist einer zu viel und muss verhindert werden“, betonte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Die Dienstherrn dürften die „Gewalt gegen Beschäftigte“ nicht länger tabuisieren und unter den Teppich kehren.

Das Thema müsse auf die politische Agenda, so Hoffmann auf der Konferenz. „Das Maß an Erträglichem für die Beschäftigten ist weit überschritten. Wir dürfen die Betroffenen nicht alleine lassen.“ Jeder Übergriff sei einer zu viel und jeder einzelne müsse verhindert werden.

Öffentliche Arbeitgeber haben Fürsorgepflicht

„Ich will mich als Innenminister nicht an Beleidigungen und Gewalt gewöhnen“, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière auf der DGB-Konferenz. Die öffentlichen Arbeitgeber hätten „eine Fürsorgepflicht für ihre Beschäftigten“.

Bundesjustizminister Heiko Maas warnte, „Gewalt beginnt im Kopf“. Auch im Netz müsse Hass deshalb bekämpft werden.

DGB-Chef Hoffmann appellierte an die Arbeitgeber, in ihren Dienststellen regelmäßig Gefährdungsanalysen durchzuführen und dabei auch Daten zu Übergriffen zu erfassen. Die Beschäftigten dürften weder mit der Prävention noch mit der Bewältigung der Folgen von Übergriffen allein gelassen werden. „Wir brauchen fundierte Daten, auf deren Grundlage präventive Maßnahmen geplant und umgesetzt werden können“, sagte der Gewerkschafter.

„Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dürfen nicht zu Sündenböcken für eine Politik gemacht werden, die eine wachsende Zahl von Menschen ausgrenzt und von gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe ausschließt – eine Politik, die notwendige Investitionen in das öffentliche Eigentum



Bundesinnenminister de Maizière bei seinem Vortrag auf der DGB-Veranstaltung. Foto: DGB/Danny Prusseit

zurückgehalten und die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes unter den Stichworten ‚Deregulierung‘ und ‚Entbürokratisierung‘ immer weiter eingeschränkt hat“, erklärte Hoffmann.

Wo sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffne, übe dies massiven Druck auf die Menschen aus. Stress, Verunsicherung und Angst vor dem sozialen Abstieg prägten den Alltag vieler Menschen, bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. „Der Rückzug des öffentlichen Sektors gefährdet unser demokratisches Zusammenleben. Denn da, wo tragfähige soziale Strukturen fehlen, tun sich Lücken auf, die von Demagogen gefüllt werden können“, sagte der DGB-Chef.

Es müsse Schluss sein mit den Spar-

maßnahmen im öffentlichen Sektor. Schon heute fehlten über 110.000 Bedienstete, sagte Hoffmann und erklärte: „Wir wissen, dass die Beschäftigten oft am Rande ihrer Kapazitäten arbeiten. Allein bei der Polizei gehen die angesammelten Überstunden in die Millionenhöhe.“ Die Gewerkschaften fordern eine zukunftsfähige Personalpolitik – und das heißt Schluss mit Befristungen, her mit Personalbedarfsanalysen und einer entsprechenden Personalausstattung. Es gehe darum, kompetentes Personal zu gewinnen und zu halten. Ein funktionierender, attraktiver öffentlicher Dienst ist ohne verstärkte Investitionen in Personal und Ausstattung nicht zu haben.

wsd/DGB



Foto: Ziefasko

Zu einer exklusiven „Pressekonferenz“ traf sich der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow mit einer Gruppe von 20 jungen französischen und italienischen Nachwuchsjournalisten Anfang Juli in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle. Die jungen Gäste, die sich – organisiert vom Deutsch-Französischen Institut – auf einer Rundreise durch Deutschland befanden, informierten sich über die innere Sicherheit. Der Gewerkschaftschef beantwortete in dem mehr als einstündigen, sehr angeregten Gespräch Fragen zum Aufbau der Polizei in der Bundesrepublik, zu den Aufgaben in Bund und Ländern sowie den Bekämpfungsstrategien in Terroriszeiten.

wsd





Rheinland-Pfalz: Breite Diskussion nach verweigertem Handschlag

Ein Polizist muslimischen Glaubens verweigert einer Kollegin, die ihm zur Beförderung gratulieren will, den Handschlag. Diese Situation bei der Beförderungsfest der Polizeidirektion Montabaur Mitte Mai – dem rheinland-pfälzischen Verfassungstag – hat für Diskussionen zwischen Empörung und Verständnis gesorgt.

Dass es bis weit in den Juli hinein gedauert hat, bis der Sachverhalt öffentlich wurde, ist wohl ein Indiz dafür, dass neues und vermintes juristisches Gelände betreten werden musste. Es geht eindeutig nicht nur um die persönliche Dimension der beiden Beteiligten, bei der Kollegin handelte es sich im Übrigen um die Gleichstellungsbeauftragte des Polizeipräsidiums Koblenz.

GdP-Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl: „Als Frauengruppe können wir eine Ungleichbehandlung in den eigenen Reihen nicht dulden. Das würde auch nach außen ein völlig falsches Bild begünstigen.“

Der Handschlag wurde demonstrativ verweigert und ausdrücklich damit begründet, dass sein Glaube es verbiete, Frauen die Hand zu geben. Schon im privaten Bereich wären ausgiebige gesellschaftspolitische Diskussionen die Folge. Nun ging es aber um einen Beamten mit den besonderen Pflichten

eines Polizeibeamten. Der wurde in der Folge aus dem Wechselschichtdienst herausgelöst und nach Koblenz in eine Funktion ohne Bürgerkontakt umgesetzt. Gegen den Kollegen wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Auch bei der GdP Rheinland-Pfalz wurde der Vorfall erst im Juli bekannt. Die Gewerkschaft und ihr Landesvorsitzender Ernst Scharbach stellten in eigenen Veröffentlichungen und gegenüber den Medien eindeutig klar, dass selbstverständlich die Religionsfreiheit Verfassungsrang genieße, für staatliche Organe und ihre Vertreter aber besondere Anforderungen gelten.

In einer Pressemitteilung der GdP Rheinland-Pfalz heißt es: „In einem langen, quälenden Prozess und nach

Verena Horn, GdP-Landesfrauenvorsitzende: „Wir sind froh, dass wir in dieser Sache die Unterstützung aller Kollegen haben – männlich wie weiblich.“

vielen Religionskriegen hat sich in Europa die Auffassung durchsetzen können, dass Staat und Religion strikt zu trennen sind. Polizistinnen und Polizisten gelten wegen ihres Berufes und ihrer Uniform als Vertreterinnen und Vertreter der staatlichen Ordnung. Bei der Vereidigung schwören wir auf das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz.“

Der Dienstherr, aber auch die Bürgerinnen und Bürger, müssten sich darauf verlassen können, dass die Beamtinnen und Beamten weltanschaulich neutral handeln. Niemand dürfe wegen der Ethnie, der sexuellen Orientierung oder eben auch der Religion diskriminiert werden. Ein verfassungsgemäßes Frauenbild sei die „Gretchenfrage“ für die Treue zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Trennung von Staat und Religion sei nicht verhandelbar.

In den rheinland-pfälzischen Medien fanden die Mitteilungen des GdP-Landesbezirks großes Interesse, ebenso die klare Positionierung der Frauengruppe in der GdP. Kernbotschaft der Kolleginnen Landesfrauen-

GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach: „Wenn unser Kollege aus dem PP Koblenz auf einer anderen Behandlung von Menschen nur auf Grund ihres Geschlechtes beharren will, wird er sich zwischen Religionsausübung und Polizeidienst entscheiden müssen.“

vorsitzende Verena Horn und Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl: Die in Deutschland seit Jahrzehnten errungene Gleichstellung aller Menschen ist es, die unsere Gesellschaft ausmacht.

Bernd Becker

Schutz von Frauen vor Gewalt noch immer lückenhaft

Der Schutz von Frauen vor Gewalt ist nach Auffassung der Bundesfrauengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auch nach 15 Jahren Gewaltschutzgesetz noch immer lückenhaft. Es fehle an flächendeckenden Unterstützungseinrichtungen wie Frauenhäusern, stellte Elke Gündner-Ede, für Frauen- und Gleichstellungsarbeit zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, anlässlich einer Sitzung der Bundesfrauengruppe Mitte Juni in Berlin fest. Es sei zudem an der Zeit, dass der Rechtsanspruch auf den Lebensunterhalt – unabhängig vom Leistungsbezug nach dem Sozialgesetzbuch – für die Zeit des Aufenthalts in einer Schutz Einrichtung gewährleistet werde.

„Mit der Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, der sogenannten Istanbul-Konvention, hat Deutschland ein deutliches Zeichen gesetzt, um Gewalt gegen Frauen sowohl wirksam zu bekämpfen wie sie

davor zu schützen“, betonte Christiane Kern, Leiterin der Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“ und Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesfrauenvorstandes. Es sei ein wichtiger Schritt gewesen, den Grundsatz „Nein heißt Nein“ im Sexualstrafrecht zu verankern. „Dafür haben wir lange

Der betroffene Kollege ist Deutscher pakistanischer Abstammung. Bis zum 18. Mai galt er als absolut korrekt arbeitender Polizist. Auffälligkeiten im Umgang mit Frauen gab es nicht. Er engagiert sich in der muslimischen Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft als Jugendleiter und ist Mitglied der GdP. Die „Ahmadiyya-Muslim-Jamaat“ gilt als liberal und in ihrem Internet-Auftritt bekennt sie sich zur Trennung von Staat und Religion. Über die Folgen für den Alltag im Polizeidienst gibt es offenbar verschiedene Auffassungen, die im Disziplinarverfahren zu klären sind.





gekämpft! Die Gleichstellung von Frau und Mann schließt auch ein Recht der Frauen auf ein gewaltfreies Leben ein“, sagte Kern.

Ein Tabu über lange Zeit

Lange Zeit war den Gewerkschafterinnen zufolge Gewalt im familiären Bereich tabu. Anfang der 1990er-Jahre setzte sich international die Erkenntnis durch, dass Gewaltakte an Frauen zu bestrafende Menschenrechtsverletzungen sind und die Staaten für das Beenden der Gewalt und den Schutz der Opfer verantwortlich sind. 1993 erließ die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Erklärung zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Vier Jahre später beschloss die Europäische Union eine Kampagne zur vollständigen Ächtung von Gewalt gegen Frauen. Die Durchsetzung von Gesetzen gegen häusliche Gewalt wurde seitdem zum Standard der Politik in den westlichen Ländern. Am 1. Januar 2002 trat das Gewaltschutzgesetz in Deutschland und damit die Strafverfolgung von Amts wegen in Kraft.

Hohes Aggressionspotenzial

Ebenfalls habe die Polizei eine ausdrückliche Eingriffsbefugnis für eine Wegweisung des Gewalttäters aus der



Elke Gündner-Ede, für Frauenpolitik zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, und Christiane Kern (l.), Leiterin der Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“ und Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesfrauenvorstandes. Foto: Zielasko

Wohnung direkt nach einer Gewalttat. Die klare Rechtsgrundlage Sorge dafür, dass Kontakt-, Näherungs- und Belästigungsverbote ausgesprochen werden können, so die Bundesfrauengruppe, die verdeutlichte, dass die in diesem Bereich tätigen Beamtinnen und Beamten eine Herkulesaufgabe zu

meistern hätten. „Die Gefährdungsbeurteilung, der Verantwortungsdruck und das sehr hohe Aggressionspotenzial sind für die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen mit hohen psychischen Belastungen verbunden“, sagte Kern.

at/mzo

Bayerischer GdP-Ehrenvorsitzender Joachim Weiss im Alter von 86 Jahren verstorben

Der GdP Landesbezirk Bayern trauert um seinen am 29. Juli im Alter von 86 Jahren verstorbenen Ehrenvorsitzenden Joachim Weiss. GdP-Landesvorsitzender Peter Schall kondolierte im Namen seiner Organisation den Angehörigen und Hinterbliebenen. Die GdP Bayern, so Schall, werde das Andenken des Kollegen Weiss in Ehren halten.

Der ehemalige Dienststellenleiter der Polizeiinspektionen 2 und 12 in München trat am 1. Oktober 1961 in die Gewerkschaft der Polizei ein und war zunächst Mitglied der dortigen Bezirksgruppe. Nach dem plötzlichen Tod seines Vorgängers Josef Heider wurde Kollege Weiss 1975, ohne zuvor eine Funktion im Geschäftsführenden Landesvorstand inne gehabt zu haben, zum Vorsitzenden der GdP Bayern gewählt. Dieses Amt füllte er bis 1988 auch als Mitglied des GdP-Bundesvorstandes aus. Von 1976 bis 1989 hatte er sich zudem tatkräftig um die Anliegen seiner Kolleginnen und Kollegen als freigestellter Bezirksper-

sonalratsvorsitzender im Münchner Polizeipräsidium gekümmert.

Zwischen 1986 und 1991 saß Weiss für die bayerischen Gewerkschaften im nach einem Volksentscheid zur Jahrtausendwende aufgelösten „Bayerischen Senat“, einer zweiter Kammer neben dem Bayerischen Landtag.

1989 würdigten die Delegierten des Gewerkschaftstages seine engagierte Arbeit für die Polizeibeschäftigten Bayerns und ernannten Kollegen Weiss, der meist nur Jochen gerufen wurde, zum Ehrenvorsitzenden der GdP Bayern. 1993 erhielt der Gewerkschafter das Bundesverdienstkreuz. mzo



Joachim Weiss in einem Jubiläumsband der GdP Bayern. Foto: GdP Bayern



DGB-Spitze zu Gast bei der Bundespolizei

Ende Juli waren Vorsitzende und Vorstandsmitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und seiner Mitgliedsgewerkschaften in Berlin und Brandenburg unterwegs. Vier Tage lang besuchten sie bei der diesjährigen „DGB-Sommertour“ Betriebe und Dienststellen aus acht Branchen und informierten sich über aktuelle Herausforderungen in der Arbeitswelt und innovative Lösungen von engagierten Beschäftigten, Betriebs- und Personalräten. Auch die Bundespolizeiabteilung in Blumberg stand auf dem Programm.

Im Vordergrund der Tour unter dem Motto: „Jetzt gerecht! Du hast die Wahl!“ standen Themen, mit denen der DGB die Parteien im Wahlkampf konfrontiert hat und konfrontieren wird: Tarifbindung, Mitbestimmung, Rente, Globalisierung und Gute Arbeit. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sprachen mit Betriebsräten, Personalräten, Beschäftigten,

Unternehmern, Geschäftsführern, Werksleitern und Experten. „Der DGB hat klare politische Anforderungen an die Parteien formuliert, mit denen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen von der künftigen Regierung verbessert werden müssen“, sagte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.

Der Bundespolizeiabteilung Blumberg

wurde am zweiten Tag ein Besuch abgestattet. Der Leitende Polizeidirektor Jan-Christof Möller hieß die Gäste, darunter der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, der stellvertretende Bundesvorsitzende und Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei Jörg Radek sowie der Vorsitzende der GdP-Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei, Heinz Selzner, an dem Standort am Rande Berlins herzlich willkommen.

Möller gab einen Einblick in den Dienstalltag. Er berichtete über die Aufgaben der Polizistinnen und Polizisten, blickte dabei auch auf die hohen Belastungen am Rande des G20-Gipfels in Hamburg zurück.

„Unerträglicher Renovierungsstau“

Die Einsätze der Bereitschaftspolizei des Bundes sind vielfältig – angefordert werden sie von anderen

Anzeige

Zentrum für
Informationssicherheit

CAk 
Cyber Akademie

CYBER-KRIMINALITÄT IM FOKUS

Seminare der Cyber Akademie für die Polizei

Netzwerk- und WLAN-Sicherheit

- 07.11.–09.11.2017, Hamburg

IuK-Notfallmanagement für die Polizei nach BSI 100-4

- 08.11.–09.11.2017, Berlin

IT-Grundschutz-Experte

- 13.11.–17.11.2017, Berlin

Informationssicherheitsvorfälle und Verhinderung von unerwünschtem Informationsabfluss

- 21.11.–22.11.2017, Berlin

Belastbare IT-Gutachten erstellen und bewerten

- 23.11.2017, Berlin



Die GdP ist
Partner der CAk



Weitere Informationen zu diesen und
anderen Seminaren unter: www.cyber-akademie.de





Informationen aus dem G20-Einsatz: GdP-Bundsvorsitzender Oliver Malchow (m.) und Heinz Selzner (3. v. r.), Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei, im Gespräch mit Blumberger Kollegen. Fotos (3): Holecsek



Mit großem Interesse verfolgten die Gewerkschafter das Anlegen einer Schutzausstattung – und durften auch selbst in eine Ausrüstung samt Helm schlüpfen (Foto rechts).

zwei Dutzend Gebäuden sind mehrere mit „Teilspernung!“, „Gesperrt!“ oder „Abriss!“ gekennzeichnet. „Wichtige Investitionen wurden zurückgehalten, es wurde einfach nicht investiert“, berichten Mitarbeiterinnen. Auch Möller spricht von einem „unerträglichen Renovierungsstau“.

Die Folge: Der Schießstand auf dem Gelände kann derzeit nicht genutzt werden – obwohl in Blumberg auch Polizeianwärterinnen und -anwärter ausgebildet werden. Die müssen mit Bussen zu anderen Schießständen gefahren werden. Das bedeutet wiederum Zusatzkosten für die Fahrten und das Einmieten an anderen Standorten. Ein weiteres Problem: Zwar sollen jetzt nach Jahren der Personal-Sparpolitik wieder vermehrt neue Polizistinnen und Polizisten ausgebildet werden. Doch für die Polizeianwärter, die auch auf dem Gelände in Blumberg wohnen müssen, fehlt schlicht Wohnraum. „Da werden wir akute Probleme bekommen“, so eine Mitarbeiterin. Auch ein ausreichender Bedarf an „Bereitschaftsbetten“ sei nicht gewährleistet.

Doch nicht nur bei der Infrastruktur, auch beim Personal bleibt viel zu tun. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bemängelt vor allem die massiven Über-



stunden der Kolleginnen und Kollegen: zu wenig Einsatzkräfte für zu viele Einsätze. Von den 851 Polizei-Stellen, die in Blumberg eigentlich „Soll“ sind, sind aktuell nur rund 560 verfügbar, rechnet Möller vor – also nur rund drei Viertel.

Die Vorsitzenden und Vorstandsmitglieder der DGB-Gewerkschaften besuchten im Rahmen der „DGB-Sommertour 2017“ auch die Fritz-Karsen-Schule in Berlin-Britz, den BVG-Betriebshof in Berlin-Lichtenberg, die DB Cargo AG in Seddin, OSRAM GmbH in Berlin-Charlottenburg, BASF Services Europe GmbH in Berlin-Friedrichshain, CEMEX Deutschland AG in Rüdersdorf und die Berliner Kindl-Schultheiss Brauerei in Berlin-Hohenschönhausen.

Rüdiger Holecsek

Standorten der Bundespolizei oder bei Großeinsätzen von den Polizeien der Länder, bei Massenveranstaltungen vom Kirchentag bis zum Papstbesuch, größeren Betriebsunfällen bei der Bahn, Grenzkontrollen von Geflüchteten, Fußballspielen oder bei politischen Demonstrationen. „Wir sind die

Feuerwehr der inneren Sicherheit“, so Möller.

Auch die Bundespolizei hat dabei mit Problemen zu kämpfen, die typisch für viele Bereiche des öffentlichen Dienstes sind. Beispiel Investitionsstau: Auf einer Übersichtskarte der Liegenschaft in Blumberg mit rund





Bei bestem Tipp: Fußball-VIP!

Nach den beiden August-Spieltagen der Fußball-Bundesliga sind womöglich schon erste Weichen für das Wohl und Wehe der 18 Clubs gestellt. Enttäuschende Auftaktniederlagen müssen verkraftet oder überraschende Siege zu einer Serie ausgebaut werden. Für Prognosen ist es natürlich nie zu früh, Entscheidungen jedoch reifen erst über die noch verbleibenden 32 Spieltage der noch jungen Saison 2017/18. Beim Bundesligatippspiel der Gewerkschaft der Polizei (GdP) sieht das anders aus. Denn schon jetzt haben zwei Tipper attraktive Karten für ein Heimspiel des Champions-League-Teilnehmers und ewigem Meisterschaftsmittelfavoriten Borussia Dortmund gewonnen.

Der Einstieg in das zum dritten Mal in Folge ausgetragene Kräfterennen der GdP-Fußballexperten ist aber zu jeder Zeit möglich. Und eben auch der Gewinn von jeweils zwei tollen Tickets für den Westfalen-Tempel mit seiner über die Grenzen Fußball-Deutschlands bekannten „Gelben Wand“ an jedem Spieltag.

Wer als Tipper und auch mit einem Tippteam angemeldet ist, braucht in der neuen Saison nichts weiter zu tun, als die richtigen Spielresultate zu wissen. Frisch dazu stoßende Kolleginnen und Kollegen sind natürlich herzlich willkommen. Einfach registrieren, Mit-tipper motivieren und neue Teams bilden: Und dann geht's mit etwas Glück nach Dortmund.

Brodeler Hexenkessel

Einzeltipper und Tippteams streiten zudem wie gewohnt im sportlichen Wettkampf um die GdP-Tipperkrone und jagen die Beute eines VIP-Wochenendes rund um ein Heimspiel der Gelb-Schwarzen samt Hotelübernachtung, An- und Abfahrt sowie womöglich der einen oder anderen Überraschung.

Wie DEUTSCHE POLIZEI in ihrer Juli-Ausgabe berichtete, steht für die Sieger der letzten Tipp-Saison ihr Ausflug in den Ruhrpott, der Wiege des deutschen Fußballs, demnächst an. Sobald die Deutsche Fußball-Liga (DFL) die Spieltagplanung für die Herbstmonate festgelegt hat, konkretisiert sich auch für die Sieger der letzten

Anzeige

STREAMLIGHT® USB. OHNE WARTENZEITEN.



STREAMLIGHT® USB. JEDERZEIT UND ÜBERALL LADEN.

Es gibt immer eine Aufgabe, die erledigt werden muss. Deshalb brauchen Sie eine Beleuchtungslösung, die stets einsatzbereit ist. Für diese Anforderungen stellen wir eine Vielzahl an USB-wiederaufladbaren Handlampen und Freihand-Beleuchtungslösungen mit verschiedenen Lichtkegeln und Lichtströmen für verschiedene Aufgaben her. Damit Ihr Licht immer und überall einsatzbereit ist, wo Sie arbeiten. STREAMLIGHT.COM



©2017 STREAMLIGHT, INC.



GdP-Tippsaison ihr Auswärtsspiel im dann sicherlich brodelnden BVB-Henkessel.

Nach den Erfahrungen der ersten beiden Spielzeiten hat die Gewerkschaft der Polizei mit Unterstützung

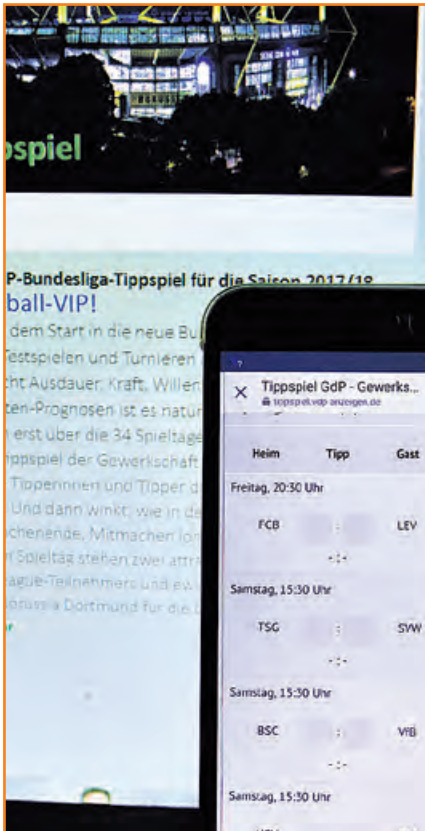


Foto: Zielasko

ihres Kooperationspartners SIGNAL IDUNA sowie der Dortmunder Agentur „Goldene Generation“, die das Tippspiel technisch betreut und die reibungslose organisatorische Abwicklung des Versandes der Gewinnerkarten garantiert, die Gewinnoptionen für die Spieltaggewinner angepasst:

Der beste Einzeltipper je Spieltag kann sich nach seinem Triumph über den Besuch des jeweils nächsten Bundesliga-Heimspiels von Borussia Dortmund freuen – selbstverständlich zusammen mit einer Begleitperson.

Gewinner der letzten beiden Spieltage der Saison 2017/2018 erhalten eine entsprechende Option auf die ersten beiden BVB-Heimspiele der kommenden Spielzeit 2018/2019.

Der Zugang zum Tippspiel befindet sich auf der GdP-Homepage www.gdp.de. Dort sind auch weitere für das erfolgreiche Tippen relevante Informationen hinterlegt. Viel Erfolg! **mzo**

Nach erneuten Ausschreitungen: Fußball-Störer aus Stadien dauerhaft verbannen

GdP lehnt Kollektivstrafen ab

Nach den schweren Ausschreitungen während der Pokalbegegnung zwischen Hansa Rostock und Hertha BSC Mitte August hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gefordert, Fußball-Straftäter konsequent und nachhaltig aus den Stadien zu verbannen. Die offene Kampfansage der gewaltbereiten Straftäter an die Adressen des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und der Deutschen Fußball Liga (DFL) verdeutliche, dass es diesen Gruppierungen nicht um den Sport gehe, sondern um Aufmerksamkeit und das kompromisslose Durchsetzen eigener Interessen, betonten die stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Dietmar Schilff und Arnold Plickert in einer Presseerklärung. Es sei eine gemeinsame Aufgabe von Verbänden, Vereinen, Polizei und Justiz, notorischen Fußball-Straftätern den Zutritt zu allen Fußballspielen dauerhaft zu untersagen.



Die Pokalpartie zwischen den Clubs aus Rostock und Berlin stand kurz vor dem Abbruch.

Foto: Huebner/dpa

„Unsere Kolleginnen und Kollegen stellen häufig fest, dass Teile sogenannter Fußball-Ultras nicht kompromissbereit sind und Kontaktversuche abblocken“, sagte Schilff. Gewaltbereite Ultragruppierungen agierten als blickdichte Vereinigungen und grenzten sich durch geheim gehaltene Regelwerke bewusst von friedlichen Fußballfans ab, ergänzte Plickert. Zudem versuchten sie, vereinsrechtliche Strukturen für ihre Ziele zu instrumentalisieren. „Für martialische Machtdemonstrationen mit der Polizei und den Liga-Vereinen ist in den Stadien kein Platz“, unterstrichen die GdP-Vorsitzenden aus den Fußball-Ländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wenige Tage vor dem Start in die neue Bundesligasaison.

Täter festnehmen und schnell betrafen

Schilff und Plickert forderten die Ver-

eine auf, unkooperativen Ultragruppen den Zugang zu von Clubseite gestellten Stadion-Räumlichkeiten zu verwehren. Zudem bekräftigten beide die GdP-Forderung, mit Meldeauflagen und Bereichsverbot bekannnte Gewalttäter vom Spiel fern zu halten.

„Innerhalb vieler Stadien ist bereits modernste Videotechnik vorhanden. Kann eine Straftat beweissicher aufgezeichnet werden, sollte der Täter unmittelbar einem Staatsanwalt zugeführt werden. Festnahme und Bestrafung sollten möglichst zeitnah aufeinander folgen“, sagte Schilff.

Kurz vor dem Abbruch

Nach dem mehrfachen Zünden pyrotechnischer Gegenstände stand das Pokalspiel auf der Kippe zum Abbruch. Aus dem Block der etwa 2.000 Hertha-Anhänger wurden Feuerwerkskörper sowie Raketen gezielt Richtung Rost-



cker Zuschauer abgeschossen. Diese wiederum setzten Hertha-Banner und Stadionsitze in Brand. Die Partie wurde den Schiedsrichter zweimal unterbrochen, einmal sogar für 18 Minuten. Am Tag darauf kündigte der Kontrollausschuss des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) an, ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen.

Kollektivstrafen wie Geisterspiele oder das Sperren von Zuschauerblöcken lehnen die GdP-Fußballeinsatzexperten ab. Plickert: „Unter Umständen müssen wir sogar mehr Polizei einsetzen, um die Fußball-Störer, die sich in der Umgebung der Stadien aufhalten, im Auge zu behalten.“ Zudem könnten sich von der Sperre betroffene Fußballfans mit den gewaltbereiten Störern solidarisieren, warnte Schilff. „Es werden eben auch die getroffen, die sich in den Blöcken und Kurven von den Sportgewalttätern offensiv abgrenzen.“ **mzo**

Niedersachsen dominieren Tischtennis-Cup

Ende Mai ermittelten knapp 80 Teilnehmer aus 9 Bundesländern sowie vom Bundeskriminalamt und der Bundespolizei beim 9. Deutschen Polizei Cup in Oldenburg die besten Polizei-Tischtenniscracks. Gastgeber Niedersachsen wartete mit der stattlichen Teilnehmerzahl von 18 Sportlern auf.

In vier Klassen wurden die Bälle über das Netz geschlagen. In der „Herren-offen-Konkurrenz“ gaben sich die Niedersachsen keine Blöße. Lars Beismann setzte sich im Finale gegen Dennis Heinemann durch. In der Damen-Konkurrenz siegte dagegen Sarah Diekow aus Berlin,

die Tina Retzer aus Bayern auf Distanz hielt. Bester Spieler der „Senioren-Ü40-Konkurrenz“ wurde der Baden-Württemberger Markus Zeitz, der den Niedersachsen Carsten Rook die entscheidenden Sätze abnahm. Bei den „Senioren-Ü50“ hatten ebenfalls die Baden-Württemberger die Nase vorn. Berthold Schulz bewegte die Kelle am geschicktesten, so dass er seinem Landsmann Peter Buckemaier in einem spannenden Spiel knapp das Nachsehen ließ.

Der 10. Deutsche Polizei Cup im Tischtennis wird 2018 nach letztem Planungsstand voraussichtlich in Unterfranken stattfinden.

Kevin Matzel/red

Anzeige

MODERNE DIENSTWAFFEN VON HECKLER & KOCH

MP7 A1: DIE NAHBEREICHSWAFFE FÜR „FIRST-RESPONSE“ KRÄFTE

- Kompakte und nur 1,9 kg leichte Nahbereichswaffe im Kal. 4,6 mm x 30
- Beidseitig von Rechts- und Linksschützen bedienbar
- Effektive Einsatzreichweite bis 200 Meter
- Hohe Durchschlagsleistung bei minimaler Hintergrundgefährdung
- 50% geringerer Rückstoß gegenüber der Patrone 9 mm x 19
- Halbes Munitionsgewicht bei identischer Feuerkraft im Vergleich zur Patrone 9 mm x 19



SFP9: DIE NEUE DIENSTPISTOLE ZAHLEICHER LÄNDERPOLIZEIEN

- Zertifiziert gemäß der Forderung der „Technischen Richtlinie (TR) Pistolen im Kaliber 9 mm x 19“
- Voll vorgespanntes System (SA-Abzug)
- Beidseitig von Rechts- und Linksschützen bedienbar
- Patentierte, auswechselbare Durchladehilfen
- Austauschbare Griffücken und patentierte Griffschalen (27 Griffkombinationen) zur optimalen Anpassung an weibliche und männliche Handgrößen
- Abzugs-/Schlagbolzen- und Demontagesicherung



www.heckler-koch.com



„... einfach mal Danke sagen“

Der 36. Deutsche Evangelische Kirchentag stand Ende Mai auch im Zeichen des 500-jährigen Reformationsjubiläums und fand erstmals an zwei Standorten – in Berlin und der Lutherstadt Wittenberg – gleichzeitig statt. Mehr als 100.000 Besucherinnen und Besucher jeden Alters, unterschiedlicher Religionen und Herkunft trafen sich zu zahlreichen Veranstaltungen.

„Dass ich euch hier auf dem Kirchentag sehe, freut mich aber besonders!“ – diesen Satz passend zur Losung „Du siehst mich“ des Kirchentages hörten die Betreuerinnen und Betreuer des GdP-Standes von den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern sehr häufig. Neben den vielen, die einfach nur Danke für die alltäglich von der Polizei geleistete Arbeit sagen wollten, zeigten viele Gäste großes

hierzulande. Zudem suchten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Gewerkschaft gezielt den Dialog mit der GdP-Standbesetzung, darunter der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Rainer Hoffmann.

Dialog und Begegnung – diese Worte beschreiben treffend das, was das GdP-Team, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Frauen-



lizeibeschäftigten standen dabei oft im Fokus.

Die Kampagne „AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld“ der JUNGEN GRUPPE (GdP) rückte immer wieder in den Gesprächsmittelpunkt und erhielt viel positives Feedback. Die Aktion sei nicht nur notwendig und zielführend, sondern hätte das Potenzial, die Gesellschaft zum Nachdenken und vielleicht auch zum Umdenken zu bewegen, lautete das häufige Fazit. Die Kampagne stehe stellvertretend für viele Bürgerinnen und Bürger aus anderen Berufsgruppen. Gewalttätige Übergriffe auf andere Berufsgruppen wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Krankenhäusern, Lehrerinnen und Lehrer, Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter, Bedienstete der Agentur für Arbeit oder in Jobcentern sind inzwischen vielfach keine Ausnahme mehr. Über das Engagement der Jugendorganisation der GdP zeigten sich die Gäste des Kirchentages beeindruckt.

Bei den kleinsten Kirchentagsbesuchern war die GdP erneut ein beliebter „Freund und Helfer“. Ob Kinderkommissar-Ausweis mit Passbild oder leckere Gummibären – die GdP bot den Kindern jede Menge Spaß und Freude bei ihrer Begegnung mit der „Polizei“.

Der Kirchentag präsentierte sich wieder von seiner besten Seite: mit einer äußerst positiven, vor allem menschlichen und friedlichen Atmosphäre. Fünf Tage, an denen Hunderttausende Menschen aus vielen Ländern der Welt gemeinsam den inzwischen nahezu täglichen Schreckensnachrichten der Welt trotzten und mit bestem Beispiel für ein friedliches und respektvolles Miteinander vorangingen.

Christoph Möhring



Mit der Berliner SPD-Abgeordneten Ülker Radziwill (l.) im Gespräch über die gestiegene Gewalt gegenüber der Polizei waren (v.l.) Torsten Rohde, Elke Gündner-Ede und Christoph Möhring. Foto: GdP

Interesse für die Arbeit und Themen der Gewerkschaft der Polizei sowie unterschiedlichste Polizei- und Gewerkschaftsthemen.

Besonders erfreut zeigten sich zahlreiche ehemalige sowie aktive Kolleginnen und Kollegen, die auf dem Kirchentag etwas unerwartet „ihre“ Gewerkschaft der Polizei antrafen. Bemerkenswert hierbei war sicher der Besuch eines australischen Kollegen vom anderen Ende der Welt. Er äußerte sich im Gespräch sehr beeindruckt vom Engagement der GdP

gruppe (Bund), Seniorengruppe Bund und JUNGE GRUPPE (GdP), auf dem Kirchentag erlebte. Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, ihre Anerkennung für die häufig unter schwierigen Bedingungen geleistete Arbeit zum Ausdruck zu bringen. Gerade in Zeiten von Terrorgefahr und einer spürbaren Verrohung der Gesellschaft, wird vielen Menschen augenscheinlich erst bewusst, wie wichtig eine gute und funktionierende Polizeiarbeit ist. Die körperlichen und psychischen Belastungen der Po-



Jetzt wechseln und mitfeiern!

**Gewinnen Sie
Event-Gutscheine im
Wert von je 500 Euro!**



¹ Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

² bonitätsabhängig; Voraussetzung: Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied; Mitgliedschaft in der GdP – weitere Informationen unter www.bbbank.de/gdp

Unglaublich: Das kostenlose Bezügekonto¹ der BBBank feiert seinen 10. Geburtstag!

Während andere Banken ihre Gebühren erhöhen, bieten wir unseren Kunden Kontoführung zum Nulltarif¹ inkl. BankCard und Depot! Wenn Sie jetzt zum Bezügekonto der BBBank wechseln, können Sie an über 3.000 Geldautomaten kostenlos Geld abheben. Hätten Sie es gedacht? Der Online-Kontowechsel dauert für Sie nicht länger als 8 Minuten.

Gewinnen Sie einen von 10 Event-Gutscheinen im Wert von je 500,- Euro und feiern Sie mit!

Exklusiv für GdP-Mitglieder: 100,- Euro Bonus bei erstmaligem Abschluss einer FinanzierungPlus²

Jetzt informieren:

In Ihrer Filiale vor Ort, unter Tel. 0 800/40 60 40 190 (kostenfrei)
oder www.bbbank.de/gdp 

Mehr dazu unter
www.bbbank.de/gdp



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst



Bereitschaftspolizei steckt in 100-Millionen-Investitionsstau

Bei den Bereitschaftspolizeien (BePo) der Länder und des Bundes knirscht es nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) an allen Ecken und Kanten. Die Bestandsaufnahme bei den sogenannten Geschlossenen Einheiten der Polizei sei ernüchternd, stellte Clemens Murr, für Groß- und länderübergreifende Einsätze zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, auf einer vom „Behörden Spiegel“ und der GdP veranstalteten Fachtagung „Bereitschaftspolizei im Fokus“ Ende Juni in Berlin fest. „Die Bereitschaftspolizei steckt hierzulande in einem Investitionsstau von 100 Millionen Euro. Die veränderte Sicherheitslage verlangt teure Anpassungen der Ausstattung für beispielsweise gepanzerte Fahrzeuge oder einen verbesserten Körperschutz“, betonte er und forderte die vom Bund für die BePo zur Verfügung gestellten 20 Millionen Euro in den nächsten Jahren auf mindestens 50 Millionen aufzustocken. Das, so der Einsatzexperte, dürfte angesichts sprudelnder Steuereinnahmen kein Problem sein.

Vor dem Hintergrund des zu diesem Zeitpunkt noch bevorstehenden G20-Gipfels in Hamburg warnte Murr vor einer Überlastung der Einsatzkräfte. „Die Dauer von Einsätzen ist immer häu-

genannten Einsatzzuges pro Monat ein freies Wochenende fest einplanen können – nicht ausnahmsweise sondern ausnahmslos!“ Eine Bereitschaftspolizei-Hundertschaft bestehe aus drei Einsatzzügen mit 30 bis 35 Beamtinnen und Beamten, erläuterte der BePo-Experte.

Unzufrieden zeigte sich Murr über unterschiedliche Regelungen zu sogenannten Bereitschaftszeiten bei mehrtägigen Einsätzen. „Wer zu Einsätzen fährt, ist meist zu weit entfernt, um seinen individuellen Freizeitgewohnheiten nachgehen zu können. Wenn dann nach den absolvierten Einsatzstunden Freizeit angeordnet wird, haben viele Kolleginnen und Kollegen keine Möglichkeit, ihre freie Zeit so zu verbringen, wie sie es gerne täten, zum Beispiel mit den Partnern, Kindern oder Freunden.“ Angemessen sei stattdessen, über die gesamte Dauer nach Dienstverrichtung Bereitschaft anzuordnen – mit einer entsprechenden vollen Stundenschreibung über die gesamte Einsatzdauer.

Murr forderte die Länder auf, sich bei der Einhaltung des sogenannten Bund-Länder-Abkommens den Spiegel vorzuhalten. „Es geht zu Lasten der Einsatzkräfte, wenn Personalzahlen nur auf dem Papier existieren oder kreative Umwidmungen fehlende Sollbestände verschleiern. Ein bisschen mehr Ehrlichkeit der po-

litischen Verantwortlichen würde der Bereitschaftspolizei gut tun.“

Der Bund stattet die Bereitschaftspolizeien der Länder (BPdL) mit Führungs- und Einsatzmitteln aus. Das hierzu mit den Ländern abgeschlossene Verwaltungsabkommen soll eine einheitliche Organisation und Gliederung sowie eine kompatible Ausstattung der BPdL gewährleisten. Der Bund erwartet auf der anderen Seite eine je Land individuelle Mindeststärke seiner Bereitschaftspolizei.

Einheiten leisten Millionen Einsatzstunden

Dem stimmte auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium (BMI), Dr. Günter Krings, weitgehend zu. Die Bereitschaftspolizeien von Bund und Ländern seien durch zahlreiche Großeinsätze massiv gefordert. So hätten die Bereitschaftspolizeien allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres schon über 130 Einsätze absolviert. Und die Bundesbereitschaftspolizei allein habe 2016 rund 3,3 Millionen Einsatzstunden abgeleistet. Er unterstrich: „Die Bereitschaftspolizei ist ein wesentlicher Bestandteil der polizeilichen Einsatzbewältigung.“ Um dieser Rolle gerecht werden zu können, benötigten die Einheiten, die in den kommenden Jahren personell verstärkt werden sollen, jedoch auch eine zeitgemäße Ausrüstung. Denn: Nicht nur Großeinsätze, sondern auch kleinere Veranstaltungen blieben eine Herausforderung für die Sicherheitskräfte, weil sie ein sogenanntes weiches Ziel für Terroristen darstellten.

Krings kündigte eine zahlenmäßige Erhöhung an sowie eine Verbesserung der Körperschutzelemente bei den Bereitschaftspolizeien.

Voller Einsatzkalender für geschlossene Einheiten

Das Bewältigen riesiger Einsatzzahlen führte auch der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder,



Dr. Günter Krings, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium (BMI)

Foto: Holecek

figer rekordverdächtig. 13 Stunden am Stück sind keine Ausnahme mehr.“ Umgekehrt verhalte es sich mit den Ruhepausen für seine Kolleginnen und Kollegen, unterstrich der Gewerkschafter. „Wir wollen, dass die Beamtinnen und Beamten eines so-





Clemens Murr, für Groß- und länderübergreifende Einsätze zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes



Wolfgang Lohmann, Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder

Fotos (2): Holecek

Wolfgang Lohmann, an. „Unsere Kräfte sind rund um die Uhr unterwegs“, betonte er und ergänzte, der Einsatzkalender der Bereitschaftspolizeien für dieses Jahr sei voll. Lohmann: „Grundsätzlich sind die Bereitschaftspolizeien in der Bundesrepublik gut aufgestellt.“ Ungeachtet dessen sei jedoch eine gegenseitige Abstimmung der Einsatzphilosophien und -konzepte zu empfehlen. Des Weiteren müsse eine längere Verweildauer des einzelnen Beamten in der geschlossenen Einheit angestrebt werden. Zugleich verlangte er, dass auch die Länder in die Bereit-

schaftspolizeien investieren müssten. Diese umfassten immerhin rund 16.000 Beamte, weshalb das nicht nur eine Aufgabe des Bundes sein dürfe. Dieser gebe übrigens die meisten Mittel für Anschaffungen im Bereich der Personenmobilität der geschlossenen Einheiten aus, berichtete der Beamte.

Neues taktisches Verständnis erforderlich

Angesichts neuer Bedrohungslagen bedarf es auf Seiten der Sicherheitsbe-

hörden eines neuen, überarbeiteten taktischen Verständnisses, sagte Thomas Hampel, Inspekteur der bayerischen Polizei. Das gelte auch für die Bereitschaftspolizeien, die in entsprechende Überlegungen und Konzepte einbezogen werden müssten. Dies nicht zu tun, wäre „ein großer Fehler gewesen“. Künftig müssten bei Großlagen andere Bundesländer schneller informiert werden, um eine zeitnahe Alarmierung der Bereitschaftspolizei gewährleisten zu können.

mzo/Behörden Spiegel

Anzeige



Mit Kraft ins neue Leben

AKUTKLINIK URBACHTAL

PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

- * Depressionen
- * Angststörungen
- * Chronische Schmerzen
- * Traumafolgestörungen
- * Burnout
- * Lebenskrisen
- * Hochfrequente Therapien
- * Herzlichkeit und Mitgefühl
- * Individualität in familiärem Kreise
- * 60 Betten / 30 Therapeuten
- * Spezielle Angebote auch für Polizeibeamte



Psychosomatisches Privatkrankenhaus
beihilfefähig

88339 Bad Waldsee
0 75 24 990 222 (auch am Wochenende)
www.akutklinik.de



VERKEHRSTRAFTATEN

Leitfaden für Ausbildung, Fortbildung und Praxis

Von **Bernd Brutscher**.

9. Auflage 2016

Umfang: 528 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 22,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0764-2

Das Legalitätsprinzip aus § 163 StPO verpflichtet die Polizei zur Verfolgung von Straftaten. Einen wesentlichen Anteil der Delikte nehmen in diesem Zusammenhang die Verkehrsstraftaten ein. In diesem Buch erläutert der Autor umfassend alle bedeutsamen Vergehen sowie deren Auswirkung auf Fahrerlaubnis und Führerschein des Täters. Der Leser findet somit alle wesentlichen Informationen zum Führen von Fahrzeugen, zum Thema Alkohol und Drogen im Straßenverkehr, zum Fahrerlaubnisrecht, Fahrverbot und Fahrerlaubnisentzug sowie den einzelnen Verkehrsstraftaten aus Strafgesetzbuch, Straßenverkehrsgesetz, Kraftfahrzeugsteuer- und Pflichtversicherungsgesetz.

Dies sind insbesondere

- Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB),
- Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB),
- Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c StGB),
- Vollrausch (§ 323a StGB),
- Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr (§ 315b StGB),
- Nötigung (§ 240 StGB),
- Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 StVG),
- Kennzeichenmissbrauch (§ 22 StVG),
- Missbrauch von Wegstreckenzählern und Geschwindigkeitsbegrenzern (§ 22b StVG).

Darüber hinaus sind die ordnungswidrigkeitsrechtlichen Tatbestände und die Rechtsfolgen der Alkohol- und Drogenfahrten nach § 24a StVG eingehend erklärt, ebenso die maßgeblichen Indikatoren der Rauschmittelbeeinflussung und alle Grenzwerte für Atem- und Blutalkoholkonzentrationen.



DER AUTOR

Bernd Brutscher, Polizeirat, Verkehrssicherheitsbeauftragter des saarländischen Ministeriums für Inneres und Sport.



Bernd Brutscher



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Wer nicht pustet, kommt hinter Gitter

Ausgerechnet auf einer Ferien-Insel sind die Regeln strenger als in Deutschland

Von Eberhard Ph. Liliensiek

Gefühlte Einsamkeit mischt sich hier mit Stille; mit Menschenferne an Küsten, in Wäldern. Und doch reichen knapp 20 Minuten Autofahrt, um aus abseits gelegenen Gegenden der Insel wieder mitten in der Zivilisation zu sein. Denn das ist der Widerspruch: Formentera gehört zu den kleinen Pityusen, ist die bescheiden bewohnteste Insel der Balearen-Gruppe und gerade mal 83,2 Quadratkilometer groß. Ein Fleckchen im europäischen Mittelmeer – ein Fliegenschiss auf der Weltkarte. Dennoch: Die rund 11.000 Bewohner und Bewohnerinnen des „Juwel des Mare Nostrum“ (Eigenwerbung) werden jährlich von 800.000 Touristen besucht. Oder, je nach Standpunkt, bedrängt, geplagt.

Dann sind Legionen röhrender Mofas selbst auf Feldwegen unterwegs, das Geschäft der Auto-Verleiher blüht, der Konsum steigt rasant an, auch der von Alkohol. Für die Überwachung des Verkehrs, für die Sicherheit der Städte ist die lokale Polizei zuständig, die Policia Local. Der Chef der 12 Beamten – die Soll-Stärke liegt bei 33 – ist Juan Mayans Cardona. Der 53-Jährige ist seit über 30 Jahren ein Beamter der „Consell Insular de Formentera“, der lokalen Verwaltung und seit 13 Jahren der „Oficial cap de la Policia Local“. Er kann, wenn eine Lokal-Regierung wechselt, durch die neue von seinem Posten abgesetzt werden. Die Funktion ist eine Vertrauensstellung.

Politik drängt ins Polizeiliche

„Aber ich habe“, so lächelt Cardona, „zehn Bürgermeister kommen und gehen sehen“. Solch ein Presidente kann ihm zwar sagen, die Polizei möge doch bitte mal den Schwerpunkt auf die Kontrolle der Einbahnstraßen legen, ja – aber sollte so ein Politiker, nur mal rein hypothetisch, einen Straftäter schützen wollen, „dann nähme ich den Bürgermeister fest“, sagt Cardona lächelnd. Und macht damit die polizeiliche Unabhängigkeit deutlich. Jedenfalls die nach Recht und Gesetz.

Aber dass die Politik ins Polizeiliche drängen kann, zeigt der Wechsel der Dienstfahrzeuge. Bis vor kurzem wa-

ren die noch balearisch bunt. Dieser Ausdruck von vermeintlicher Sommer-Sonnen-Schau im Süden und Ferienheiterkeitsgefühl „war die Idee eines Politikers“, sagt der Polizeichef sichtlich betrübt. Um zufrieden auf die inzwischen einigermaßen seriöse Lackierung der Streifenwagen zu deu-



Foto: pbd

ten. Wenn aus denen ein Haltezeichen kommt, sollte es strikt beachtet werden. Eine Flucht auf diesem bisschen Insel ist sinnlos.

Ebenso vergebens ist die rudimentäre Rechtskenntnis deutscher Touristen. Die dürfen in ihrem Heimatland

Anzeige



Habichtswald-Klinik, Wigandstraße 1, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe



Vielfalt ist unsere Einzigartigkeit. Erfahrung unsere Stärke.

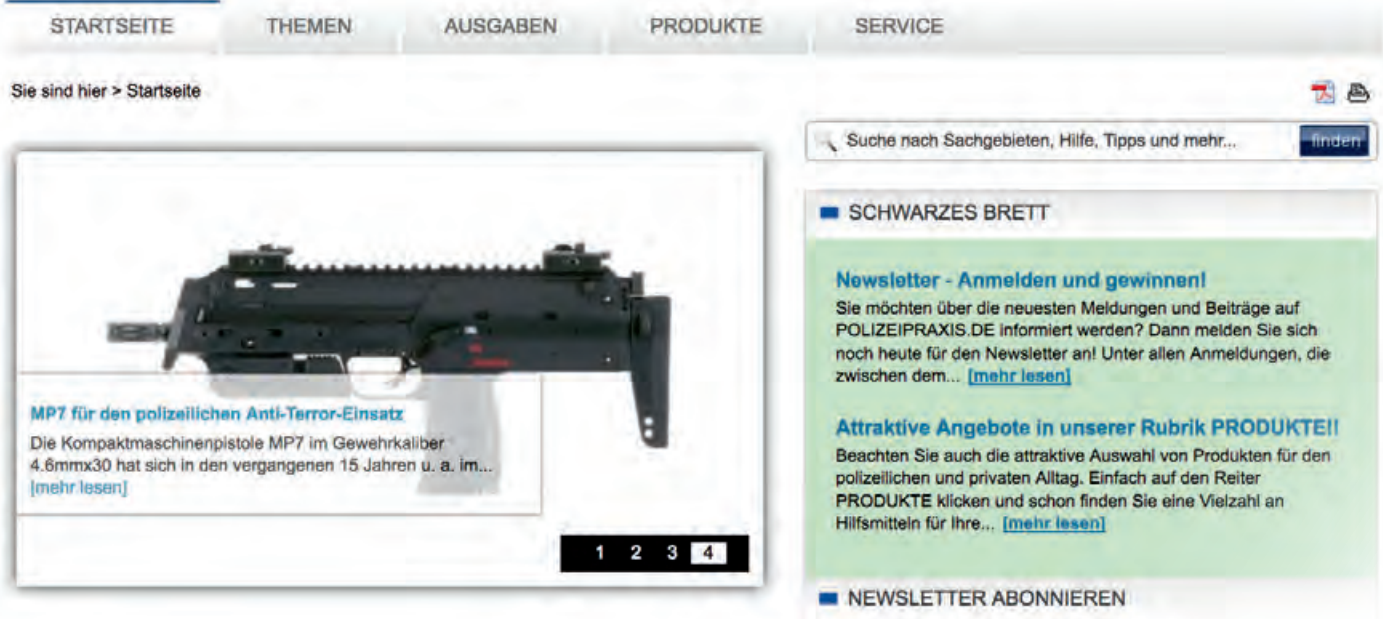
Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten und Ressourcen wiederentdeckt, Selbstheilungskräfte frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen.

Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z. B. bei Tinnitus, Depression, Burnout oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter www.habichtswaldklinik.de oder gebührenfrei* unter 0800 890 11 00.

* aus dem deutschen Festnetz



POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.09. - 30.09.2017 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Juan Mayans Cardona, gebürtig auf Formentera, ist 53 Jahre und seit 30 Jahren ein Beamter der balearischen Polizei.

Vorher war er zwei Jahre beim Militär. Seit 2000 ist er Chef der lokalen Polizei von Formentera. Er trägt die Dienstplakette F 01.0003. Sein schrecklichstes Erlebnis ist das Überbringen einer Todesnachricht, „denn ich kenne hier auf der Insel ja alle Menschen“.

Sein schönstes Erlebnis: „Als wir nach eineinhalb Tagen eine vermisste 70-jährige Alzheimerkranke im Naturschutzpark Can Marroig unversehrte gefunden haben“. Seine Hobbies sind Fischen, Jagen, Tauchen.

Er wird im Alter von 65 Jahren pensioniert – hätte aber mit seiner Zahl von Dienstjahren bereits mit 50 den Abschied nehmen können. Dann allerdings mit verkürzter Pension. Das durchschnittliche Nettogehalt eines Polizeibeamten liegt bei 1.800 Euro. Standardbewaffnung ist eine Pistole Heckler & Koch vom Kaliber 9 mm.

Im Dienst sind höchstens 11 oder 12 Beamte, zu wenige – es sollten 18 sein.

bekanntlich bei einer Alkoholkontrolle sanktionslos das Pusten verweigern. Nehmen sie hier dasselbe Recht in Anspruch und lehnen das Pusten in das Gerät der Lübecker Marke „Dräger“ ab, dann – Cardona legt demonstrativ ein Handgelenk aufs andere und sagt „klack, klack“ – schließen sich die Handschellen. „Sie verbringen die Zeit bis zum nächsten Morgen in einer unserer Zellen und werden dann mit der Fähre nach Ibiza zu einem Richter gebracht.“ Der Polizeichef feixt: „Wir müssen dann nur zwei Seiten beschreiben. Statt sonst ein Protokoll mit 22.“

Was sonst noch ...

... Arbeit macht, das sind beispielsweise die Verstöße gegen das Camping-Verbot. „Wir wollen diesen Typus Tourismus hier nicht“, sagt ohne weitere Begründung Annelies Schillemans von der Gemeindeverwaltung. Die Polizeibeamten legten deshalb allein vor zwei Jahren 107 Anzeigen vor. „Meine Kollegen“, so ergänzt Cardona, „überprüfen in Zivil auch den illegalen Ver-

Die anderen Delikte erwähnt er nur am Rande, die gegen den Umweltschutz etwa. Grundsätzlich darf kein Feuer gemacht werden, das wilde Kippen von Müll ist verboten. Überall stehen Abfallbehälter. Seit 2006, so berichtet Schillemans, werden Papier, Glas, Plastik getrennt gesammelt. Wer den meisten Müll produziert, ist nicht auszumachen. Die Italiener, die Spanier? Oder die Deutschen, die Franzosen, die Engländer oder Portugiesen?

Die Aufzählung der Nationen jedenfalls entspricht der statistischen Touristen-Frequenz. „1985 gab es noch keine italienischen Besucher auf der Insel“, erinnert sich Polizeichef Cardona. „Inzwischen sind es sehr viele. Sie trinken aber nicht so viel Alkohol wie beispielsweise Engländer. Bei den italienischen Touristen ist unser hauptsächliches Problem deren Auftreten in Mengen und dem daraus entstehenden Fehlverhalten“. Was Cardona eher diplomatisch auf einen abstrakten Nenner bringen will, heißt hier konkret: Lärm.

Formentera gilt als Fahrrad-Insel. Doch in der Saison sind fast alle Touristen – zumeist eben die Italiener



Fotos (2): pbd

kauf von Früchten, Limonade, Souvenirs und Uhren an den Stränden“. Und zeigten im vorigen Jahr 157 Verstöße an. Die Motive der Schwarzhändler vermutet Cardona in der steigenden Zahl der Arbeitslosen in Spanien.

– motorisiert unterwegs. Mit Party-Stimmung auf den Straßen. Vorsicht! In Spanien gilt: Alkohol am Steuer ist von 0,25 bis zu 0,6 Promille eine Ordnungswidrigkeit. Die ist mit Geldstrafe bedroht. Ab 0,6 Promille hat die Polizei



einen hinreichenden Verdacht auf eine Straftat. Die wird, so bestätigt die spanische Botschaft, mit Gefängnis zwischen drei und sechs Monaten, einer Geldstrafe oder gemeinnütziger Arbeit und mit dem Entzug der Fahrerlaubnis geahndet werden. Und dann gibt es noch diese Besonderheit, bei deren Erwähnung Polizeichef Cardona sich leicht belustigt gezeigt hatte.

Und in Deutschland?

Laut Artikel 65 des Ley de Seguridad Vial (Verkehrssicherheitsgesetz), so die Auskunft der spanischen Botschaft auf Anfrage, ist ein Autofahrer verpflichtet, sich einem Alkoholtest zu unterziehen. Allein die Verweigerung dieses Tests wird mit 500 Euro Strafe belegt. Für Deutsche, die daheim an nichts mitwirken müssen, was sie belasten könnte, scheint das ungeheuerlich zu sein. Jedenfalls momentan. Denn eine Änderung war vorübergehend in Sicht.

Die Große Koalition von CDU/CSU und SPD hatte 2013 – bislang kaum diskutiert – unter der Überschrift „Moderner Staat, innere Sicherheit und Bürgerrechte“ eine Änderung parat. Wörtlich: „Bei Verkehrsdelikten streben wir an, zur Bestimmung der Blutalkoholkonzentration auf körperliche Eingriffe zugunsten moderner Messmethoden zu verzichten“. Wenn Señor Cardona, der Polizeichef der Balearen-Insel Formentera das liest, wird er schmunzeln können.

Tarifpflege – auf Kosten der Beschäftigten

In den vergangenen Tarifverhandlungen ließ sich ein Trend erkennen, der durchaus kritisch gesehen werden kann. Neben der Forderung nach allgemeinen Lohnerhöhungen als Teilhabe an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist es den Gewerkschaften auch ein Anliegen, notwendige Veränderungen in den bestehenden Tarifverträgen beziehungsweise Entgeltordnungen zu erreichen. Diese Veränderungen, so sie denn von der Arbeitgeberseite mitgetragen werden, führen regelmäßig dazu, dass die Kosten den Beschäftigten quasi in Rechnung gestellt werden und somit nur ein geringerer prozentualer Anstieg der Tabellenlöhne erreicht wird.

Jetzt könnte man sagen: „Ist ja klar, Verbesserungen im Tarifvertrag zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kosten den Arbeitgeber schließlich Geld, also sind die Kosten dafür anzurechnen“. Man könnte es aber auch so formulieren: Es muss doch im Interesse der öffentlichen Arbeitgeber sein, Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten in ihren Regelwerken – dazu gehören nicht nur Gesetze und Verordnungen, sondern eben auch ein Tarifvertrag – zu erkennen und zu verbannen. Weder der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) noch der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst in den Ländern (TV-L) sind große Würfe. Beide Verträge haben vieles aus den Vorgängerwerken übernommen und sind nicht unbedingt als innovativ oder zukunftsorientiert zu bezeichnen. Es liegt in der Natur der Sache, dass sich mit zunehmender Laufzeit immer mehr Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten zeigen, die es zu beheben gilt.

Realität sieht anders aus

Es sollte doch gerade im Interesse der Arbeitgeber sein, im Wettbewerb um die besten Arbeitskräfte gute Arbeitsbedingungen anbieten zu können. Dazu gehören neben einer anständigen Bezahlung eine Personalentwicklung mit Möglichkeiten zur Weiterbildung und damit Perspektiven für die persönliche Karriere. Die Realität sieht jedoch anders aus! Höhergruppierungsanträge erfüllen fast schon den Tatbestand der Majestätsbeleidigung, während ein jahrzehntelanges Verharren in der gleichen Entgeltgruppe nicht ungewöhnlich ist.

Kommt es tatsächlich einmal zu einer höheren Eingruppierung, ist – zumindest in den Ländern – der finanzielle Effekt kaum spürbar. Dem immer noch nicht stufengleichen Aufstieg sei Dank! Hier werden weder bereits Beschäftigte motiviert, noch werden qualifizierte Fachkräfte angelockt.

Anzeige

Reise & Erholung



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich! % % % %

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

Franken bei Bamberg,
eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 188,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de



TOP ANGEBOT
1x Rafting
1x Canyoning
1x Grillen & Foto CD

Angebot pro Person
nur **€ 109,-**

RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG
ACTION & ABENTEUER // Tel. +43 664 2838055
info@cankick.at // www.cankick.at



Action mit wasser·c·raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 120,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at




Arbeitsplatzsicherheit gewichtiges Argument, aber ...

Natürlich ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes ein gewichtiges Argument. Bei vielen Bewerbern ist es noch immer das entscheidende. Allerdings ist die Arbeitswelt im Wandel. Wer heutzutage eine Ausbildung oder ein Studium beginnt, ist sich darüber im Klaren, dass sein Berufsleben noch viele Wendungen nehmen wird. War es früher die Regel, einen erlernten Beruf ein Arbeitsleben lang auszuüben, ist dies heute schon die Ausnahme.

Einzig und allein auf den „sicheren Arbeitsplatz“ zu setzen, wird damit auf Dauer nicht genügen. Dabei wird die Stärke dieses Arguments mittlerweile durch die öffentlichen Arbeitgeber mit der Schaffung von befristeten Beschäftigungsverhältnissen sowie dem ständigen An kündigen und Vollziehen von Stellenabbau immer mehr geschwächt.

Veränderungen am Arbeitsmarkt wie der Fachkräftemangel machen auch vor dem öffentlichen Dienst nicht

Halt: Deshalb muss es doch im höchsten Interesse der Arbeitgeber liegen, gute und faire Arbeitsbedingungen, und dazu gehört eben auch eine adäquate Bezahlung, zu bieten.

Zeichen der Zeit nicht erkannt

Das Verhalten der öffentlichen Arbeitgeber, insbesondere der Länder, lässt aber nicht darauf schließen, dass die Zeichen der Zeit erkannt wurden. Gerade wenn man bedenkt, wie lange es gedauert hat, bis beispielsweise die entsprechenden Entgeltordnungen zu den Tarifverträgen in Kraft gesetzt wurden, und wie sich die Arbeitgeber immer noch sträuben, Realitäten wie veränderte Berufsbilder anzuerkennen. Das gilt nicht nur für den IT-Bereich, wo es bereits enorm schwierig geworden ist, hoch qualifiziertes Personal anzuwerben. Der demografische Wandel wird auch in anderen Berufsfeldern für einen bisher nicht gekannten Wettbewerb sorgen. Da passt es einfach nicht mehr in die Landschaft, dass die Interessen einzelner

Berufsgruppen gegeneinander ausgespielt werden, nach dem Motto: „Wenn ich dem Lehrer mehr geben muss, bekommt der Hausmeister halt weniger“. Notwendige Verbesserungen in der Tarifstruktur dürfen nicht zu Lasten der davon nichtbetroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen.

Partner, nicht Gegner

Der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes hängt nicht zuletzt mit einem effizienten öffentlichen Dienst zusammen. Genau wie Unternehmen investieren müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben, müssen die öffentlichen Arbeitgeber in ihr Personal investieren, um die Rahmenbedingungen für eine gesunde Wirtschaft und ein soziales Miteinander zu gewährleisten. Die Gewerkschaften sind hier als Partner und nicht als Gegner zu betrachten. Schließlich ist uns allen daran gelegen, dass unser Unternehmen, der öffentliche Dienst, auf Dauer gesund und erfolgreich bleibt.

Ralf Walz

SOZIALES

Umstrittene Skandalisierung

Von Thomas Gesterkamp

Die Wohlfahrtsverbände sind sich uneinig, ob die Zahl der Bedürftigen in Deutschland wächst oder nur stagniert. Doch jenseits der öffentlichen Kontroverse liegen die Positionen gar nicht so weit auseinander.

Georg Cremer, Ökonom und Generalsekretär der Caritas, hat mit seinem Buch „Armut in Deutschland. Wer ist arm?“ eine harte Kontroverse ausgelöst. Obwohl Cremer sich selbst als Anwalt der Bedürftigen sieht, kritisiert er die „rituelle Empörung“ über die angeblich wachsende Armut hierzulande. Er beurteilt die offiziellen Zahlen anders: Nach steilem Anstieg verharre die Armut seit 2005 auf konstantem Niveau. In der Statistik würden auch Studierende und Auszubildende mitgezählt, deren Einkommen nur vorübergehend niedrig sei. „Die Superlative der Skandalisierung rütteln nicht auf, sondern stumpfen ab“, meint Cremer. Das schade den wirklich Bedürftigen, „denn gegen den Widerstand der Mitte ist Menschen am Rande der

Gesellschaft nicht wirksam zu helfen“.

Eine Art Kollegenschelte

Cremeres Aussagen sind eine Art Kollegenschelte. Sie zielen vor allem auf seinen Konkurrenten Ulrich Schneider, den Chef des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der sich in den vergangenen Jahren als Experte zum Thema profiliert hat und gerade wegen seiner „klaren Kante“ auch häufig in den wichtigen Talkshows sitzt. Regelmäßig veröffentlicht der Paritätische seinen Armutsbericht, dem in der Tat etwas Dramatisierendes anhaftet: Gute Nachrichten werden (trotz positiver Zahlen vom Arbeitsmarkt) kaum präsentiert, die Not steigt und steigt. „Deutschland fällt auseinander“, es „zerlege sich sel-

ber“, heißt es reißerisch auf dem Cover von Schneiders jüngster Buchveröffentlichung „Kein Wohlstand für alle!“

Beide Funktionäre sind in ihren Organisationen nicht unumstritten. Doch der bisweilen holzschnittartige Argumentationsstil des Parität-Geschäftsführers bietet seinem Caritas-Kollegen eine besonders leichte Angriffsfläche. Der habilitierte Volkswirt Cremer lebte lange in Asien und leitete dort Entwicklungsprojekte. Er prangert den „Niedergangsdiskurs“ an und stellt den Begriff der „relativen Armut“ in Frage: Bedürftigkeit in Düsseldorf sei etwas völlig anderes als in Kalkutta. Dies bestreitet auch Christoph Butterwege nicht. Der auf Armutsforschung spezialisierte Politikwissenschaftler, der für die Linkspartei als Bundespräsident kandidiert hat, verteidigt dennoch das Berechnungsprinzip der paritätischen Berichte. Dieses beruht auf einer Definition der Europäischen Union, die das sogenannte Armutsrisiko bei 60 Prozent des Durchschnittseinkommens festgesetzt hat. Wer darunter liege, so Butterwege, müsse in Deutschland selbstverständlich nicht hungern und lebe auch nicht im Elend, ihm seien



aber sehr wohl wichtige Möglichkeiten der sozialen Teilhabe verwehrt.

Leben in Würde

Cremer's Vorwürfe einer „anwaltschaftlich gemeinten Untergangsrhetorik“ wurden schon vor seiner Buchpublikation in zahlreichen Interviews verbreitet, vor allem konservative Medien griffen sie dankbar auf. Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ schrieb, er lege „ganz öffentlich den Finger in die Wunde der Wohlfahrtsbranche“ und verlasse „das Kartell der Gleichmeinenden“. Für Butterwegge sind solche Berichte kein Zufall: Der Caritas-Geschäftsführer werde „instrumentalisiert“, seine Kernthese missbraucht von interessierten Kreisen, die das Problem „verharmlosen“ wollten. Neben wirtschaftsliberalen Journalisten, arbeitgebernahen Forschern und CDU-Politikern zeigte



Die Schlangen an den „Tafeln“ werden scheinbar immer länger.

Foto: Daniel Karmann/dpa

sich überraschend auch Arbeitsministerin Andrea Nahles empfänglich. Die Sozialdemokratin, in deren Ressort das Thema Armut fällt, ärgert sich, dass „negative Botschaften“ die ökonomischen Erfolge der Bundesregierung „in Misskredit bringen“. Prompt

kündigte sie eine Überprüfung der statistischen Maßstäbe an.

Schwächen bei der Erhebung

Butterwegge sieht durchaus die Schwächen der gängigen Erhebungs-

Kapitalmarkt

Beamten Darlehen 10.000 €-120.000 €
 Vorteile:
 ■ Vorteilszins für den öffentl. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



Deutschlands günstigster Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €



Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: (0621) 178180-0
 Info@AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuld eintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
 Königswall 1 • 44137 Dortmund
 www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 145 145

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamten Darlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
 Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei
 Das Präventionsportal

KREDIT bis € 80.000,-
PECUNIA GmbH seit 1980
 ohne Auskunft bis € 15.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldversicherung – Bis zum 89. Lebensjahr
Tel. 02 01/22 13 48
 45127 Essen • Gänsemarkt 21
 www.pecunia-essen.de

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick



methode, bezweifelt aber, dass dadurch völlig falsche Ergebnisse herauskommen. Das Argument, junge Leute in der Ausbildung verfügten doch nur in dieser Übergangsphase über wenig Geld, kontert er mit dem Hinweis: „Rund eine Million Menschen werden überhaupt nicht erfasst.“ Zu dieser Gruppe zählt er etwa Obdachlose, Strafgefangene, Geflüchtete in Sammelunterkünften und teilweise auch Pflegeheimbewohner. Und die Einführung von Hartz IV, die Cremer in der Rückschau wohlwollend bilanziert, betrachtet Butterwegge keineswegs als „Jobmotor“, sondern als „Verarmungsgesetz“.

Trotz solcher Meinungsverschiedenheiten liegen die Positionen der Kontrahenten gar nicht so weit auseinander. Sie teilen vor allem die Einschätzung, dass Armut ein drängendes Problem ist und soziale Ausgrenzung stärker bekämpft werden muss. Ein Untertitel von Cremers Buch lautet „Wie können wir handeln?“, auch Schneider fragt sich, „was wir dagegen tun können“. Beide Autoren widmen das letzte Drittel ihrer Ausführungen konkreten Handlungsempfehlungen. Der Caritas-Geschäftsführer argumentiert ähnlich wie sein paritätisches Pendant auf erfahrungsgesättigter Grundlage, in den Details werden aber auch Unterschiede deutlich. Cremer bezieht sich auf das Konzept der Befähigungsgerechtigkeit, das der indisch-amerikanische Ökonom Amartya Sen entwickelt hat: Danach ist Armut das Ergebnis eines Mangels an Verwirklichungschancen, bereitgestellt werden müssten Hilfen zur „Potenzialentfaltung“.

Im Kontrast zu diesem eher auf das Individuum zielenden Ansatz argumentiert Schneider wie auch Butterwegge gesellschaftspolitisch. Er fordert den Abschied von der Haushaltspolitik der „Schwarzen Null“, eine deutlich höhere Grundsicherung und eine „Rentenkasse für alle“, die Beamte und Freiberufler einbezieht. Ein „solidarischer Familienlastenausgleich“ müsse Schluss machen mit den über dem normalen Kindergeld liegenden Kinderfreibeträgen, die Wohlhabende beim Finanzamt geltend machen können. Mit der Erbschaftsteuer, der Vermögensteuer und der Abgeltungsteuer für Kapitalerträge gebe es staatliche Möglichkeiten, deutlich mehr Geld einzunehmen – und dies zugunsten Bedürftiger umzuverteilen.

Was die Kriminalstatistik über Einbrüche aussagt – Schwerer Diebstahl 1950 bis 2016

Von Birger Antholz

Seit der ersten (westdeutschen) Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) vor 66 Jahren gibt es zwei große Trendbewegungen bei der Häufigkeit des schweren Diebstahls. Von 1950 bis 1993 ist ein starker Anstieg von etwas über 100.000 auf 2,5 Millionen Fälle zu verzeichnen. Danach geht dieses Delikt zurück und es kommt zu mehr als einer Halbierung der Fallzahlen: von über 2,5 Millionen Einbrüchen im Jahre 1993 auf 1,08 Millionen im vergangenen Jahr. Das ist ein Minus von 57 Prozent.

Schwerer Diebstahl in Nachkriegszeit

Im Ausgangsjahr 1950 finden im Nachkriegs-Westdeutschland einschließlich West-Berlin 133.249 schwere Diebstähle (Einbrüche) statt, deutlich mehr als die 82.184 Fälle des Jahres 1938, allerdings noch auf einer ähnlichen Kriminalitätshöhe. Das niedrige Ausgangsniveau hält sich bis Mitte der 1950er-Jahre. 1955 gibt es 136.345 schwere Diebstähle in Deutschland.

Weil die Kriminalstatistik erst 1950 mit ersten westdeutschen Angaben startet, entsteht der falsche Eindruck einer niedrigen Nachkriegskriminalität. Für Ostdeutschland gibt es auch Daten von 1946 bis 1949 (siehe Abbildung auf Seite 32). 1946 zählt man dort 334.067 Eigentumsdelikte, im Jahr darauf 341.573. Die Hungerwinter mit nächtlichen Temperaturen von unter minus zehn Grad von Dezember 1946 bis Februar 1947 führen zu einer Diebstahlhäufigkeit, die dreifach höher als später in den Anfangsjahren der DDR liegt. Man kann ähnliches auch für den Westen Deutschlands annehmen. Das heißt, die Eigentums-/Diebstahlkriminalität ist direkt nach dem Zweiten Weltkrieg vermutlich auch in den westlichen Besatzungszonen dreifach höher als in den 1950er-Jahren.

In Westdeutschland nehmen die schweren Diebstähle (siehe Abbildung auf Seite 32) ab 1956 zu. Dort ist der Anstieg von 1955 mit 136.345 auf 336.988 schwere Diebstähle in 1965 vor allem bezogen auf das geringe Ausgangsniveau beträchtlich und kommt einer

Tabelle 1: Schwerer Diebstahl (Einbruch) 1950-2016 (1950-90 Westdeutschland)

Jahr	Schwerer Diebstahl (Einbruch)	Jahr	Schwerer Diebstahl (Einbruch)
1938	82.184	1983	1.595.171
1950	133.249	1984	1.503.380
1951	157.489	1985	1.539.546
1952	135.790	1986	1.647.658
1953	125.077	1987	1.729.892
1954	128.273	1988	1.612.447
1955	136.345	1989	1.518.929
1956	153.637	1990	1.544.932
1957	169.193	1991	1.863.753
1958	170.222	1992	2.381.036
1959	176.456	1993	2.545.592
1960	195.416	1994	2.377.299
1961	218.526	1995	2.317.512
1962	238.061	1996	2.111.876
1963	268.135	1997	1.965.052
1964	299.586	1998	1.798.120
1965	336.988	1999	1.652.759
1966	398.878	2000	1.519.475
1967	448.409	2001	1.496.352
1968	460.346	2002	1.554.592
1969	468.077	2003	1.488.458
1970	646.325	2004	1.444.136
1971	815.322	2005	1.311.518
1972	907.889	2006	1.239.287
1973	897.338	2007	1.247.414
1974	980.896	2008	1.165.985
1975	1.044.569	2009	1.108.766
1976	1.055.761	2010	1.067.974
1977	1.132.512	2011	1.113.279
1978	1.147.992	2012	1.098.426
1979	1.175.096	2013	1.084.198
1980	1.273.507	2014	1.117.916
1981	1.417.860	2015	1.134.739
1982	1.548.750	2016	1.083.293

Quelle: PKS 1953, 7; PKS 1989, 224, für 1953 bis 1989; PKS 1990-2016
Anmerkung: 1950-1952 sind in den Zahlen des schweren Diebstahls die Raube enthalten (1953 sind das 3584 Fälle); Einbrüche ab 1991 Gesamtdeutschland (1991, 1992 unvollständig)



Verdreifachung der Einbruchskriminalität nahe.

Starker Anstieg der schweren Diebstähle (Einbrüche) nach 1965

Nach 1965 ist Deutschland - wie weltweit ein starker Anstieg der Kriminalität zu verzeichnen, der bis 1993 anhält. Das ist beim schweren Diebstahl nicht anders, der stark zunimmt. Es gibt zwei Jahresanstiege hintereinander, die irritierend hoch sind. 1969, zum Ende der Großen Koalition und Beginn der linksliberalen Regierung, werden 468.077 schwere Diebstähle in der PKS registriert, im Jahr darauf 646.325 – eine Zunahme um 178.248 Fälle. Der Anstieg von 1970 zu 1971 auf 815.322 schwere Diebstähle (ein Plus von 168.997) ist ähnlich groß. In nur zwei Jahren verdoppelte sich damit der schwere Diebstahl.

Das anarchische Klima der 1968er-Studentenrevolution führt womöglich



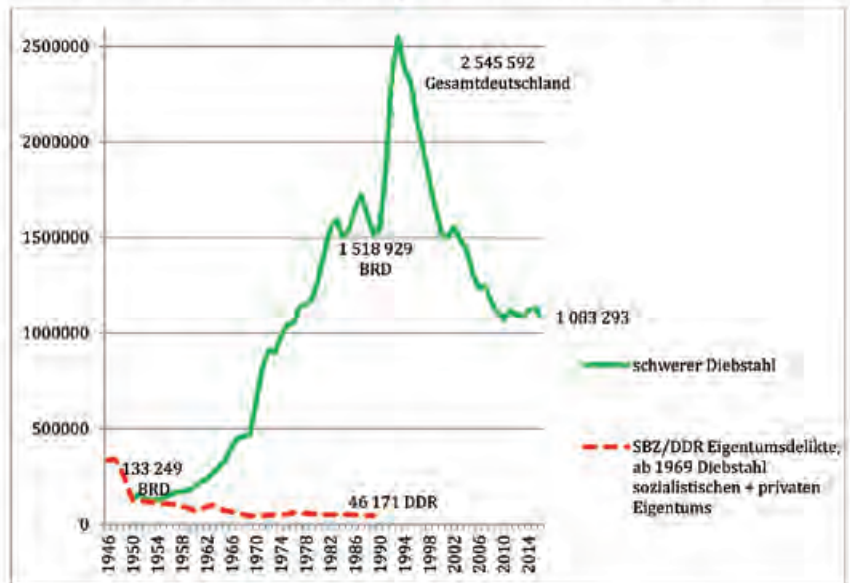
G20 Hamburg: geplündertes Drogeriemarkt
Foto: Antholz

zu einer ganz erheblichen Zunahme der schweren Diebstähle. „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ von Ton Steine Scherben oder „Die Scheibe klirrt, der Sponti kichert, hoffentlich Allianz versichert“ entsprechen dem vermeintlichen damaligen Zeitgeist. Mit der 1968er-Bewegung zusammenhängend sorgt ein starker Rückgang der Strafgefangenen im Zuge der Strafrechtsreformen 1969 für die Diebstahlszunahme. Ein Anstieg um 350.000 schwere Diebstähle in nur zwei Jahren kann man als Explosion des Verbrechens deuten. Dies zeigt gerade der Vergleich mit dem kurzzeitigen

Anstieg von 2014 auf 2015, der 16.823 zusätzlich schwere Diebstähle beträgt (ein Zwanzigstel dessen; hauptsächlich Wohnungseinbrüche), der zum Teil von Politikern und Medien als gravierend thematisiert wird. In den 1970er-Jahren

Zahl der Fälle steigt von 1.518.929 (1989) auf 2.545.592 (1993). Die gleichzeitige Zunahme des schweren Diebstahls um über eine Million Fälle zeigt, dass die Ex-DDR-Bevölkerung anfänglich höher kriminalitätsbelastet ist. Während von

Abbildung 1: Schwerer Diebstahl Fallzahl 1950-2016 (bis 1990 Westdeutschland) und 1946-1989 DDR Eigentumsdelikte, ab 1969 Diebstähle



Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1959-1990

steigt die Einbruchskriminalität weiter steil an. 1975 wird erstmals die Millionengrenze mit 1.044.569 schweren Diebstählen überschritten. Die Kurve zeigt bis 1982 weiter nach oben, als mit 1.548.750 schweren Diebstählen erstmals die 1,5 Millionen Marke überschritten wird.

Danach verharrt die Einbruchskriminalität bei rund 1,5 Millionen Fällen im Jahr. Die 1.548.750 schweren Diebstähle von 1982 liegen 1989 auf fast gleicher Höhe bei 1.518.929. Wie man im Graphen sieht, gibt es kleine Schwankungen der Einbruchskriminalität in den 1980er-Jahren. Der Unterschied zu der Zeit davor ist aber, dass der extreme Anstieg der Einbrüche während der Nach-68er-Zeit von 1965 mit 336.988 Fällen auf 1.548.750 in 1982 beendet ist.

Eine Million schwere Diebstähle mehr durch DDR-Bevölkerung

1990 gibt es die Wiedervereinigung mit 17 Millionen Menschen in der DDR und mit ihr einen Quantensprung bei der schweren Diebstahlkriminalität: Die

1989 bis 1993 die Bevölkerung um 31 Prozent von 62 auf 81 Millionen wächst, nimmt die schwere Diebstahlkriminalität um 68 Prozent zu. Zum Teil geht diese auf die Öffnung der Ostgrenzen zurück – von 1990 bis 1993 kommen 1,2 Millionen Asylbewerber und 1,1 Millionen Aussiedler aus der Sowjetunion, Polen und Rumänien.

In den fünf neuen Bundesländern und Ost-Berlin ereignen sich 1993 knapp 30 Prozent der schweren Diebstähle, obwohl sie nur 20 Prozent der Bevölkerung stellen. Die fünf neuen Bundesländer mit 14 Millionen Menschen steuern fast eine Million Diebstähle (schwere und einfache) zur PKS jenes Jahres bei.

Nicht die von Ostdeutschen oft kritisierten Flüchtlinge von heute, sondern die ehemaligen DDR-Bürger waren in der jüngeren deutschen Geschichte der Bevölkerungszugang mit der höchsten Kriminalitätsbelastung. Parallel zum Zuzug von 1,2 Millionen Flüchtlingen 2015 und 2016 geht der schwere Diebstahl von 1.117.916 Fällen (2014) auf 1.083.293 (2016) um 34.623 Fälle, das heißt um 3 Prozent, zurück.



Überraschende Wende

Nach vier Jahrzehnten mit starken Anstiegen bei den Einbruchszahlen gibt es 1993 2,5 Millionen schwere Diebstähle in Deutschland. Man hätte vermuten können, dass der Anstieg der Kriminalität immer so weiter geht. Tatsächlich ist jenes Jahr aber ein Wendejahr: Danach verläuft der Rückgang zum Teil so steil wie der vorherige Anstieg. In nur sieben Jahren bis 2000 verringert sich die Zahl der schweren Diebstähle um eine Million.

Dies ist so erstaunlich wie unerklärlich. Und diese Tendenz hält an. Die 1,5 Millionen Diebstähle von 2000 schrumpfen 2010 auf mehr als 1,067 Million Einbrüche. Danach bleibt die Lage relativ konstant. 2016 gibt es 1.083.293 schwere Diebstähle. Grund hierfür ist, dass ein Teil der schweren Diebstähle, nämlich der Wohnungseinbruch, bis 2015 zunimmt. Aber auch die registrierten Versuche, so dass man geneigt ist, auch eine zunehmende Anzeigenneigung als Teil-Erklärung für die Stagnation bei der vorher rückläufigen Einbruchskriminalitätsentwicklung anzudenken.

Der Anstieg des schweren Diebstahls 1956 beziehungsweise 1965 bis 1993 und der Rückgang bis heute verlaufen in Form eines Daches beziehungsweise Dreiecks beziehungsweise des griechischen Großbuchstabens Lambda Λ . Deswegen kann man von 1950 bis 2016 von einem Λ -Verlauf der Einbruchskriminalität in Deutschland sprechen. Würde man den ostdeutschen schweren Diebstahl, der nur aus wenigen zehntausenden Fällen pro Jahr besteht, zu den westdeutschen Fällen (siehe Abbildung auf Seite 32) addieren, sähe der Λ -Verlauf der gesamtdeutschen schweren Diebstahlkriminalität fast genauso aus.

Im Überblick (Abbildung auf Seite 32) sieht man einen Λ -Verlauf der Einbruchskriminalität. Von einem niedrigen Ausgangsniveau in den 1950er-Jahren erfolgen ein Anstieg bis 1993 und danach ein Abstieg. Diese Λ -Lambda-Entwicklung zeigt sich in der Gesamtkriminalität und international. Allerdings gibt es hierzulande eine Ausnahme – Ostdeutschland. In der oberen Linie wird bis 1990 nur Westdeutschland abgebildet, weil es für den Osten keine separaten Angaben für schweren Diebstahl gibt. In

der DDR geschehen 1950 insgesamt 126.946 Eigentumsdelikte, 1957 dann 101.362, 1958 94.226 und 1959 85.210 und 1964 79.062, die bis 1989 auf 46.171 Diebstähle zurückgehen (Eigentumsdelikte enthalten zusätzlich zum schweren Diebstahl auch noch den einfachen Diebstahl, Betrug und ähnliches; die Diebstähle ab 1969 sind einfache und

schwere Diebstähle von sozialistischen und privaten Eigentum). Man sieht in der DDR keinen Anstieg der Eigentumsdelikte. Das könnte zeigen, dass der starke Anstieg der schweren Diebstähle systembedingt verursacht ist, das heißt, die Zunahme der Einbrüche hängt mit dem Wirtschaftssystem Kapitalismus/Marktwirtschaft zusammen.

Anzeige



Spiele mit VERANTWORTUNG

Rüdiger Schink Zusammenarbeit mit Behörden Praxisschulungen Hohe Sicherheitsstandards

Mit Sicherheit mehr Spielvergnügen

Manipulationsprävention ist eine der wichtigsten Aufgaben bei der Entwicklung von Spielen und Geräten. Trotz der sichersten Gerätetechnik, die die Produkte aus dem Hause Gauselmann bieten, gibt es immer wieder Versuche von Kriminellen, die Sicherheitsmaßnahmen zu umgehen. Was früher mit grober Gewalt zu tun hatte, wird heute in einer gut organisierten Manipulationsszene mit Hightechgeräten ausgeübt.

Um kriminellen Machenschaften entgegenzuwirken, ist die Zusammenarbeit mit den Behörden eine unserer wichtigsten Aufgaben. Aus diesem Grund bieten wir unsere Kooperation und Schulungsmaßnahmen kostenlos an. Darüber hinaus unterstützt Rüdiger Schink die Polizei bei Manipulationsangelegenheiten, etwa durch die Mithilfe bei Razzien, oder bei der Erstellung von Gutachten. Zudem tritt er als Sachverständiger vor Gericht auf.

Für Termine ist Rüdiger Schink telefonisch unter der Nummer 05741 273-264, per Fax 05741 273-8925 oder per Mail RSchink@gauselmann.de zu erreichen.

Die Gauselmann Gruppe ist mit mehr als 130 000 aufgestellten Geldspielgeräten in Spielstätten und der Gastronomie deutscher Marktführer, ebenso wie mit den rund 300 selbst betriebenen, modernen CASINO MERKUR-SPIELOTHEKEN. Die Unternehmensgruppe beschäftigt gut 11 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon fast 7 000 in Deutschland.



Merkur-Allee 1-15 · 32339 Espelkamp · Telefon 05772 49-0 · www.gauselmann.de



BUNDESPOLIZEIRECHT

Grundlagenwissen, Würdigungstechnik,
Prüfungsschemata, Klausuren, Lösungen

Von **Marc Wagner**.

3. Auflage 2016

Umfang: 200 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 19,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0770-3

Die erfolgreiche Bearbeitung von einsatzrechtlichen Prüfungsklausuren fordert nicht erst in der Laufbahnprüfung fundierte Rechtskenntnisse sowie die Beherrschung gutachterlicher Würdigungstechnik als der für die Klausurniederschrift maßgeblichen Darstellungsform. Bereits in „Zwischenetappen“, den Modulprüfungen, gilt es mindestens das Wissen zu präsentieren, das den Fortgang des Studiums garantiert.

Die Fallsammlung Bundespolizeirecht richtet sich an diejenigen Anwärter für die Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes in der Bundespolizei, die Prüfungen im Bundespolizei-, Zwangs- und Strafprozessrecht mit Erfolg absolvieren wollen. Sie bietet:

- Grundlagenwissen: Aufbau von Rechtsnormen, Allgemeines Verwaltungsrecht, Bundespolizei-, Zwangs- und Strafprozessrecht;
- Klausurbearbeitungstechnik: Einführung in die Subsumtions- und Würdigungstechnik;
- Prüfungsschemata: Rechtmäßigkeit von Gefahrenabwehr-, Zwangs- und strafprozessualen Maßnahmen; Erfolgsaussichten Widerspruch gegen Gefahrenabwehr-VA;
- Klausurtaktik: Die Arbeit am Sachverhalt, die rechtliche Bewertung, die Niederschrift („do's and don't's");
- Klausurtraining: Prüfungsklausuren in aufsteigendem Schwierigkeitsgrad mit (studentischen) Musterlösungen.



DER AUTOR

Dr. jur. Marc Wagner, Professor für Allgemeines Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrecht sowie Einsatzrecht der Bundespolizei an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

GdP-Mitglied mit Eintrag im Guinnessbuch

Man kann Mützen, Kappen, Helme, Basecaps, Barette und Schiffchenmützen nicht nur als Dienstbekleidung aufsetzen, sondern auch sammeln. Im Alter von sechs Jahren fing Andreas Skala an, mit der ersten Mütze vom Großvater zu spielen. Klar, als Kind denkt keiner wirklich über eine Sammlung nach. Als er die Mütze vom Arbeiter-Samariter-Bund aber dann zu Hause hatte, brachte sein Vater eine von der Berliner Stadtreinigung (BSR) mit. Das Regal mit den Kuscheltieren bekam nach und nach „Verstärkung“ – durch Kopfbedeckungen.

zeidienststellen und Kollegen wuchs die Sammlung stetig. Natürlich lernte Andreas Skala auch viele Kollegen und Freunde durch die Mitgliedschaft in der International Police Association (IPA) kennen. Auch von hier bekam er Unterstützung. Selbst im Urlaub suchte er Polizeidienststellen auf – meist mit Erfolg! Im Jahr 2013 wurde im SWR-



Polizeikollege und Weltrekordler Andreas Skala vor seiner Sammlung.

Foto: privat

Die Sammlung wuchs in den Folgejahren, aus dem Kinderzimmer wurde ein kleiner „Hobbyraum“. Zusammen mit seinen Eltern besuchte er „Tag der offenen Türen“ von Polizei, Feuerwehr und Alliierten in Berlin. Als 1989 die Mauer fiel, nahm er Kontakt zu Dienststellen im ehemaligen Ost-Berlin auf. Die Folge: Skala, der sich gerade in der Ausbildung zum „Kaufmann im Einzelhandel“ befand, erhielt weitere Exponate.

1990 folgte die Einladung zur Teilnahme am ersten „Tag der offenen Tür der Volkspolizei in Weißensee“. Dort lernte er den letzten Ostberliner Polizeipräsidenten kennen und bekam von ihm auf der Veranstaltung dessen (signierte) Mütze. Die Uniform folgte am 1. Oktober 1990, kurz nach Amtsübergabe an den West-Berliner Polizeipräsidenten.

1992 begann Skala dann mit der Ausbildung für den mittleren Dienst der Schutzpolizei in Berlin. Weitere Teilnahmen an polizeilichen Veranstaltungen mit Teilen der Sammlung folgten bei Bundes- und Landesinstitutionen bis zum heutigen Tage. Ein besonderes Highlight war zum Beispiel die Teilnahme an der Feierlichkeit 50/10 Jahre Bereitschaftspolizei am Gendarmenmarkt in Berlin. Einladungen und Teilnahmen zum „Tag der offenen Tür“ beim Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden oder der Bundespolizei (BPol) an verschiedenen Standorten in Deutschland folgten.

Familie sah TV-Beitrag über Polizeimützen

Durch diese Veranstaltungen wie auch Kontakte zu Botschaften, Poli-

Fernsehen ein Beitrag über den größten Sammler von Polizeimützen gezeigt. Dieser hatte um die 500 Mützen. Dieser Film wurde von Skalas Familie in Süddeutschland und von Freunden in verschiedenen Bundesländern gesehen. Sein Kommentar hierzu: „In meinem Arbeitszimmer alleine steht doch das Doppelte“. Nun war es nur noch eine Frage der „Überwindung“ und Zeit, die Sammlung zu zählen und zu katalogisieren gemäß der Vorschriften von „Guinness-World-Records“.

Eine Arbeit, die endlos erschien, sich aber lohnte. Am 22. Juni 2014 erhielt Skala von Guinness-World-Records (Agentur Deutschland/Hamburg) die Urkunde zu Hause überreicht. Zu dem Zeitpunkt befanden sich 2.290 polizeiliche Kopfbedeckungen in seiner Sammlung.

Und nicht nur die Urkunde kam,



sondern auch der Eintrag ins legendäre „Guinnessbuch“. Ein Eintrag trotz Weltrekord ist nicht immer zwingend vorgesehen, auf Grund der Anzahl der Weltrekorde. Somit erschien er in der Jubiläums-Ausgabe 2015 als erster Rekord auf der nationalen Seite (Deutsche Ausgabe). Er selbst toppte seinen Rekord und bewarb sich noch ein zweites Mal mit 2.534 Mützen. Somit hängen jetzt zwei Urkunden in seiner Wohnung.



2014 und 2015 bestätigte die Sammlung Guinness-World-Records – mit über 2.000 Exponaten. Foto: privat

„Geschichte hinter der Mütze“

Wichtig bei der Sammelei sind ihm der persönliche Kontakt und die „Geschichte hinter der Mütze“. Das Sammeln ist das eine, die geschichtliche Aufarbeitung ein weiteres Thema, das auch Skala auf Ausstellungen darstellte und darstellt. Seine Auftritte waren und sind immer themenbezogen. Mehrfach erfreuten sich sogar Veteranen der Alliierten, die in der Zeit von 1945 bis 1994 im Wechsel in Berlin stationiert waren.

Auf Grund dieser jahrelangen historischen Darstellung (Dauerausstellung) und Erhaltung der Geschichte wurde Andreas Skala mit dem Ehrenamtspreis des Weißen Hauses (unterzeichnet S.E. President of the United States Barack Obama) in Silber 2015 ausgezeichnet.

Bislang letzte Mütze aus Boston

Natürlich wird auch mal das eine oder andere Stück (ohne Geschichte) auf Sammlerbörsen gekauft – aber es wurde nie viel Geld für die Sammlung aufgewendet. Bis heute besitzt Skala 2.700 Polizeikopfbedeckungen in der Sammlung. Die letzte Mütze kam als Geschenk vom Polizeichef aus Boston.

Einige Exponate aus der Sammlung stehen als kostenfreie Leihgaben in Berliner Museen oder bei Dauerausstellungen wie im Wartebereich des Berliner Innensenats, im Innenministerium von Brandenburg oder bei einem Verein („Westalliierte in Berlin“) am Olympiastadion.

Das nächste Ziel lautet 2.800. Damit möchte er sich noch einmal bei Guinness-World-Records bewerben – nach dem Motto „aller guten Dinge sind drei“.

Für alle, die auch an diesem Hobby interessiert sind oder in Kontakt mit Andreas Skala treten wollen, besteht die nächste Gelegenheit anlässlich der Tausch- und Sammlerbörse für Polizei- und Feuerwehrexponate am Sonntag, 15. Oktober, ab 9 Uhr auf dem Gelände der Dr. Herrmann Betriebsfeuerwehr, Alt-Friedrichsfelde 63b, 12683 Berlin. Für weitere Informationen erreichen Sie Andreas Skala per E-Mail g.a.skala@t-online.de. G. J.

Zu: G20-Gipfel, DP 8/17

Nach den schweren Ausschreitungen durch Linksautonome/Linksextremisten ist es wichtig, den Finger in die Wunde zu legen, damit Politik und Presse nicht gleich zu dem pseudoreligiösen Dogma zurückkehren, es gäbe nur böse Rechte, aber keine bösen Linken („Linksextremismus sei ein aufgebauschtes Problem ...“). Auch nur wenige Kirchenfürsten nennen hier das Kind beim Namen. Die richtigen Worte für die Ausschreitungen hätte wohl nur der frühere bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß finden können.

Hoffentlich werden die ermittelten Täter zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und zur Polizeikostenerstattung herangezogen und kommen nicht in den Genuss milder Urteile durch die zuständige Hamburger Justiz. Gewalt und Brandstiftungen der selbstgerechten Randalierer richteten sich insbesondere gegen Schwächere. Es wurde auch die Besatzung eines Polizeihubschraubers geblendet, wohlwissend, dass sich diese nicht wehren kann und darf (einen Hubschrauber der US-Army haben sie lieber nicht angegriffen).

In privaten Diskussionen sollte man auch darauf hinweisen, wie dumm diese Linksautonomen politisch sind. Mit ihrem Hass auf den Staat unterstützen sie auch die Interessen einiger internationalen Konzerne. Beide wollen einen schwachen Staat, die Autonomen aus ideologischem Hass, Großkonzerne aus Gründen der Steuervermeidung und Umgehung von Arbeitnehmerrechten. Auch hatten durch die Krawalle friedliche Demonstranten mit berechtigten Kritikpunkten an der derzeitigen Globalisierung zu wenig Medienpräsenz.

Dieter Frank, Neustetten



Zu: Bundestagswahl, DP 8/17

Parteien, die uns das ganze Jahr über mit Kritik und Spott überziehen (Einsatzverhalten und Ermittlungsarbeit), haben im Wahljahr plötzlich ihr Herz für die Polizei entdeckt. Sie fordern für die Polizei mehr Personal, bessere Bezahlung und mehr Respekt ein. Wer das glaubt, wird selig. Was ist denn nach Köln und Hamburg passiert? Keine Lösung der Zuwanderung, die „Rote



Flora“ lebt weiter und immer mehr Attentate versetzen die Bevölkerung in Angst und Schrecken.

Dieses linke Parteienspektrum ist keine stützende und stabilisierende Kraft für die innere Sicherheit. Wann begreifen die endlich, dass die Randalen nicht von der Polizei ausgeht, sondern von den gewaltbereiten Demonstranten. Aber mit selbstgestrickten Argumenten wird alles schnell ins rechte Lot gestellt. Mit Datenschutz, schönen Worten, Empörung und Anteilnahme sind diese Probleme nicht zu lösen.

Linken und Grünen in DEUTSCHE POLIZEI eine Plattform zu bieten, um ihre Scheinheiligkeiten zu verbreiten, lösen bei mir Schüttelfrost, Gänsehaut und Unverständnis aus. Für was sollen wir noch alle Geduld aufbringen und Verständnis zeigen? Bevor diese Parteien ihre Klappe aufreißen, sollten sie erst mal vor ihrer Tür kehren, nämlich dort, wo sie mitregieren und nicht die CDU/CSU-Innenminister wegen ihrer Sicherheitspolitik angreifen. Dort stimmt es nämlich noch (siehe Elmau).

PS: War Cem Özdemir von den Grünen mit abgebildet, um zu zeigen, dass es bei den Grünen überhaupt noch Männer gibt? Sagen dürfen sie anscheinend nichts mehr.

**Günter Klinger,
Landesseniorenvorsitzender Bayern**



Was meint Ihr, wie viele Polizisten sich für die Meinung der für den Zustand dieser deutschen Republik Verantwortlichen interessieren? Wer diese wählt, ist mitverantwortlich für Angst, Schrecken, Armut der Arbeiter, Asyl für Ausländer, Kriminalität durch Ausländer, die nicht ausgewiesen und nicht in Abschiebehaft genommen werden, Altersarmut übelster Art, Transferleistungen an Ausländer, ungebildete Kinder und Jugendliche und und und. Ich weiß natürlich, dass es auch deutsche Kriminelle gibt, die wir aber leider nicht ausweisen können. Wir können aber verhindern, dass die dafür Verantwortlichen gewählt werden.

Da Ihr der Partei AfD, die mit Sicherheit von Polizeibeamten stark beachtet und gewählt wird, keinen Meinungsraum gebt, reiht Ihr Euch nahtlos in die Reihe der Lügenpresse und Unterstützer der Lügenpolitik ein.

Hans Josef Müller, Kamp-Lintfort



„Purer Hass auf die Polizei“ war die Headline der DEUTSCHE-POLIZEI-Ausgabe im August nach dem G20-Gipfel mit rund 500 (!) verletzten Kolleginnen und Kollegen und immensen Sachschäden. Im gleichen Heft durften die Linke-Spitzenkandidaten Sarah Wagenknecht und Dietmar Bartsch auf drei Seiten über ihre Sorge um die Sicherheit in Deutschland schwadronieren.

Über 150 verletzte Polizeibeamtinnen und -beamte, brennende Autos und demolierte Geschäfte hatte es zum Beispiel auch 2015 bei den „EZB-Krawallen“ in Frankfurt/Main gegeben. Fast alle Demokraten jeglicher Couleur verurteilten danach die brutale Gewalt der linken Autonomen und Straftäter, forderten eine konsequente Strafverfolgung. Fast alle Reaktionen aus der Führung der Partei „Die Linke“ waren eher ein weiterer Schlag ins Gesicht aller Verletzten: Miriam Strunge, Bundessprecherin der Jugendorganisation der Linkspartei (Solid), publizierte: „Der Tag war für uns ein Erfolg. Wir haben ... den Widerstand ... auf die Straße getragen.“ „Verständnis“ durch Ulrich Wilken, hessischer Landtagsvizepräsident. „Erschreckendes Polizeiaufgebot“ jammerte 2015 die Bundesvorsitzende Katja Kipping. „Durch die Straßen der Hansestadt marodierende Hundertschaften“ beklagte Kipping diesmal. „Erbärmliche Denunziation“ wirft ihr die GdP vor.

Weitere Beispiele gibt es genug, würden aber den Rahmen eines Leserbriefes sprengen. Auch eine Linke-Bundestagsanfrage vom 26. Juli 2017, unterschrieben von Sarah Wagenknecht, Dietmar Bartsch und Fraktion, macht das gestörte Verhältnis zur Polizei schon in der Überschrift deutlich: „Diskussion über Polizeigewalt am G20-Gipfel in Hamburg“. Bereits im Einleitungssatz wird auf scharfe Kritik am Polizeieinsatz verwiesen und in den Folgesätzen findet man zum Beispiel folgende Zitate: „Demonstranten in Hamburg geknuppelt ...“; „Unbeteiligte verprügelt“; „Umgang mit Demonstranten erschreckend“ oder „Missachtung rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien“. Insgesamt 30 „Fragen“ befassen sich zum Beispiel mit von der Polizei verletzten Demonstranten, unverhältnismäßiger Polizeigewalt, polizeilichen Übergriffen, der Beteiligung von Sicherheitskräften an gewalttätigen Ausschreitungen, Ort/Datum/Anzahl der Wasserstöße

aus Wasserwerfern und von Pfefferspray, wie vielen Demonstranten und warum die Einreise verweigert wurde und vielem mehr. Jedes Wort des Bauern über verletzte Polizeibeamte fehlt dagegen in dem über sechsseitigen Pamphlet.

Nur unter Punkt „8b“ wird ganz klein nach verletzten Bundespolizisten gefragt, aber gleich verlangt, mitzuteilen, wie viele davon unfall- oder hitzebedingt oder durch eigene Kollegen oder gar sich selbst verletzt wurden.

Die permanente Verhöhnung unseres langjährigen GdP-Ziels „Keine Gewalt gegen Polizisten“ durch Spitzenfunktionäre dieser Partei verbietet für mich und wohl auch die überwältigende Mehrheit unserer Mitglieder eine Zusammenarbeit oder gar freundschaftliche Gespräche der GdP mit diesen Politikern. Daran können auch auf öffentlichen Druck erfolgte nachträgliche, scheinheilige „Verurteilungen von Gewalt gegen Polizei“ oder „Rechtfertigungen“ Einzelner nichts ändern. Die Bundestagsanfrage erfolgte übrigens lange danach.

Selbstdarstellungen von Pseudopolizeifreunden dieser Partei in der DP sollten nicht noch aus unseren Mitgliedsbeiträgen finanziert werden und der Umgang unter den gleichen Vorbehalten wie zum Beispiel bei der AfD erfolgen. Was wohl unsere verletzten Kollegen/Innen von ihrer Gewerkschaft erwarten? Glaubt der GdP-Bundesvorstand jetzt immer noch, ihnen beim nächsten Bundeskongress wieder „Polizeifreunde“ der Partei „Die Linke“ zumuten zu können?

Eine klare Distanzierung wäre überfällig.

**Holger Zimmermann, Vorsitzender
BG Unterfranken**

Zu: Lesermeinung des Kollegen Wörlein, DP 8/17

Ich war über 42 Jahre Polizist, in zwei Staatssystemen. Ich habe am demokratischen Aufbau im Ostteil unseres Landes mitgewirkt, wurde seit der Wende für die Linke ununterbrochen in Parlamente der Stadt und des Kreises gewählt – durch mündige Bürger. Was hier vom Stapel gelassen wurde, ist an politischem Rassismus nicht zu überbieten. Ist der Schreiber zu feige, die Juden und Homosexuellen mit zu nennen, gehören seiner Ansicht nach nicht auch noch einige linke Gewerkschafter dazu. Ich frage



mich echt, wer hier nicht in die Gewerkschaft gehört. Solch ein Mitglied sicherlich nicht!

Reinhard Krüger, Lübben



Mir lief es doch eiskalt den Rücken herunter, als ich den Leserbrief des Herrn Wörlein lesen musste. Mein erster Gedanke war, wie kann die Redaktion so etwas veröffentlichen. Doch schon nach kurzer Zeit setzte sich die Erkenntnis durch, dass richtig gehandelt wurde, solch einen „Erguss“ zu veröffentlichen. Wenn sich schon jemand auf diese Art und Weise „outet“ so sollen doch wohl möglichst viele Menschen davon erfahren, was dort ein Herr Wörlein auch noch unter GdP-Kreisgruppe BKA Wiesbaden so von sich gibt.

Dieser Herr Wörlein begrüßt den Vorstandsbeschluss zur Unvereinbarkeit der Reichsbürgerideologie mit der Mitgliedschaft in der GdP, für ihn jedoch ist er nicht weit genug gehend. Anschließend schmeißt er politische Strömungen, Geisteshaltungen, religiöse Minderheiten und sonstige Gruppierungen mal eben in einen Topf und garniert dieses in seiner ihm wohl eigenen Diktion mit Termini, die wir als Deutsche nicht mehr hören und lesen wollen und die sonst nur in Diktaturen gebräuchlich sein dürften, also „her mit einem Säuberungserlass“ und „hinweg mit den staatsfeindlichen Elementen“, einfach nur dumpf.

Bei all dieser Oberflächlichkeit vergisst er hier nur beispielsweise, dass Marxisten/Leninisten 1982 eine Partei, hier MLPD gegründet haben, die bis dato nicht verboten ist, mithin also Bestandteil unseres freiheitlich demokratischen Staates. Weitere Erklärungen erspare ich mir an dieser Stelle. Ansonsten befürchte ich sogar, dass diese Aufzählung nicht abschließend sein könnte.

Bei all dem stellt sich mir die Frage, ob Herr Wörlein selbst noch richtig in der GdP aufgehoben ist.

Darüber hinaus begibt er sich mit seinen Äußerungen zumindest in die Nähe der Prüfung von möglichen Verstößen gegen die Paragraphen 86a und/oder 130 Strafgesetzbuch (StGB). Stellt sich mir abschließend noch die Frage, wie sein Dienstherr damit wohl umgeht?

Manfred Pätzold



Handbuch Polizeimanagement

Jürgen Stierles jüngstes Werk, das er mit Dieter Wehe und Helmut Siller herausgibt, ist allein schon – aber nicht nur – aufgrund seines Umfangs gewaltig: zwei Bände mit insgesamt 1.239 Seiten. Darin sind die unterschiedlichen Themen in 8 Hauptteilen und 52 Kapiteln geordnet untergebracht. Dazu gibt es eine Einleitung sowie ein Sachverzeichnis. Die äußerst umfangreichen Quellennachweise befinden sich am Ende eines jeden Kapitels, einschließlich zahlreicher Kurzporträts, die Auskünfte zu den 62 Autoren geben.

Schon bei der Lektüre des Inhaltsverzeichnisses fällt auf, das Handbuch will kein Standardwerk ausschließlich für die Ausbildung sein. Die vermeintlich willkürliche Aneinanderreihung von Themen lassen diesen Schluss nicht zu, denn von einem Lehrbuch darf erwartet werden, dass es bestimmte Aspekte, die es vorgibt, behandeln zu wollen, systematisch geordnet und möglichst ohne Lücken abarbeitet.

Die Herausgeber gehen einen ganz anderen Weg und machen ihr Werk damit mindestens ebenso wertvoll, wie ein klassisches Lehrbuch. Sie lassen zu ausgewählten Themen Personen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zu Wort kommen und nähern sich so Lösungsansätzen, die meist wissenschaftlich begründet - oder durch praktische Beispiele darstellbar sind. Der Mix von Autoren unterschiedlicher beruflicher Herkunft und aktueller gesellschaftlicher Position ist dem Herausgaberteam in besonderer Weise gelungen.

Das Buch besticht durch eine gute Sachgliederung und eine sprachlich unkomplizierte Darstellung. Besonders hervorzuheben ist die Eigenständigkeit der Kapitel, zu deren Verständnis nicht die Lektüre anderer vorausgesetzt werden muss. Ein besonderer Charme besteht darin, dass mit dem Instrument der stark differenzierten Autorenwahl sorgfältig ausgewählte Themen aus unterschiedlichen politischen beziehungsweise weltanschaulichen Positionen behandelt werden. Diese Betrachtungsweisen werden für den Nutzer zum echten Mehrwert.

Hervorzuheben ist auch die Präzision, mit der Aussagen anderer Autoren oder Studien in wissenschaftlich korrekter Weise belegt werden. Sie avancieren damit zum wichtigen Arbeitsmittel für alle, die solche Quellen

in Forschung und Lehre beziehungsweise Ausbildung einsetzen.

Die Autoren

Wolfgang Schulte, Armin Schuster, Irene Mihalic, Marc Lürbke, Daniel Möller, Boris Pistorius, Winfried Nachtwei, Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange, Dr. Michaela Wendekam, Dr. Reinhard Kreissl, Werner Schiewek, Dr. Christian Barthel, Prof. Dr. Thomas Feltes, Lena Jordan, Prof. Dr. Roland Hormel, Rudolf Scharf, Klaus Neidhardt, Dr. Jürgen Stierle, Reinhard Renter, Jörg Konrad Unkrig, Sylvia Ziolkowski, Prof. Dr. Jürgen Weibler, Malte Petersen, Prof. Dr. Peter Weber, Isabel Ruland M.A., Dr. Carsten Dübbbers, Prof. Dr. Antonio Vera, Lara Jablonowski, Margret Fluhrer Prof. Dr. Dr. Dipl.-Psych. Michael Kastner, Dr. Julia Warnke, Dipl.-Ing. Antje Heimsoeth, Eva Kiefer, Ingo Dungs, Prof. Dr. Promberger, Wolfgang Glaninger, Dagmar Koschar, Norbert Schlager-Weidinger, Mirjam Pekar-Milicevic, Prof. Dr. Rolf Ritsert, Dr. Lars Wistuba, Prof. Dr. Stefan Thode, Dipl.-Wirtsch.-Informatikerin Yvonne Balzer, Johann Peter Holzner, Gerd Enkling, Rainer Esterer, Prof. Dr. P. Saskia Bayerl, Thomas-Gabriel Rüdiger, Prof. Dr. Max Hermanutz, Laura Weigle, Sonja Ortner, Sven Lakner, Karl-Heinz Grundböck, Gerhard Brenner, Dr. Bernhard Frevel, Prof. Dr. Gabriele Jacobs, Hubert Wimper, Martin Kuntze, Dr. Steffen Eckhard, Annika S. Hansen, Stefan Feller, Birgit Löser.

Der Inhalt

Das Buch beginnt mit einem historischen Abriss über das, was Polizei nach dem Zweiten Weltkrieg war und heute ist. Im Fokus stehen die Menschen, die sich für diesen Beruf entschieden haben und die gesellschaft-





lichen Entwicklungen, die prägend auf sie einwirkten. Dem Autor ist es gelungen, die berufsspezifische Sozialisierung, wie sie quer durch die zurückliegenden, teils schnelllebigen Gesellschaftsformen gegangen ist, detailliert herauszuarbeiten. Der folgende Sprung in die Realität führt in den Raum der Freiheit der Sicherheit und des Rechts, also ins Schengenland. Der Autor setzt sich dort aber eher mit den Freiheiten der organisierten Kriminalität auseinander und gibt Hinweise, wie sie wenigstens einigermaßen beherrschbar gemacht werden kann. Mit seinem Beitrag wird eine Reihe politischer Sichtweisen eröffnet, die sich über fünf Kapitel hinwegziehen und die wichtigsten politischen Parteien Deutschlands in der Reihenfolge schwarz, grün, gelb, rot, grün berücksichtigt.

Eine Grünen-Bundestagsabgeordnete und Spezialistin für Polizei und Innere Sicherheit erläutert am Beispiel des BKA-Gesetzes aus erster Hand, wie ein kriminalpolitisches Gesetz entsteht. Zwei liberale Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtages klären darüber auf, was sie unter Polizeipolitik und innere Sicherheit verstehen, an welchen Stellen in NRW das alles funktioniert und wo es Optimierungsbedarf gibt. Der rote niedersächsische Innenminister klärt über die politische Dimension von Polizei auf und bettet diese in ein übergeordnetes Verständnis von Leitungs- und Verantwortungskultur ein.

Ein ehemaliges Grünen-Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag betrachtet internationale Polizeimissionen vor dem Hintergrund der Außen- und Sicherheitspolitik. Wer sich für dieses Thema noch mehr interessiert, sei auf die Kapitel 49 bis 53 des Handbuches verwiesen. Diese befassen sich mit internationalen polizeilichen Kooperationen, polizeiliche Auslandsmissionen, auch solchen, die unter dem Dach der Vereinten Nationen sowie der EU stattfinden. Im letzten Kapitel dieser Reihe fasst der ehemalige NRW-Polizeiinspekteur Dieter Wehe die bei solchen Einsätzen zu bedenkenden Aspekte systematisch, in übersichtlicher Weise, zusammen.

Der erste Hauptteil schließt mit einer Diskussion um Polizeiwissenschaft und ihre Grundlegung als eigenständige Wissenschaftsdisziplin. In einem Blick

über den deutschen Tellerrand hinaus gewährt ein Professor aus Österreich Einblicke in dortige Reformvorhaben, die unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse stattfinden.

Die neun Kapitel des nächsten Hauptteils drehen sich ausschließlich um Führung in der Polizei. Es beginnt mit einem Exkurs zu Führungsethik und Moral Leadership, nimmt dann die (hoffentlich) richtige Konfiguration einer Dienststelle als Ort des Wohlfühl- und Aufgabenerledigungs-Objekts vor und stellt in diesem Kontext die Frage nach den Folgen von Fehlentscheidungen, die in Sekundenschritten getroffen werden müssen, insbesondere dahingehend, ob es Möglichkeiten gibt, Fehlentscheidungen unter der genannten Randbedingung „Zeit“ zu vermeiden. Etablierung und Diskussion einer institutionellen Fehlerkultur fehlt in diesem Zusammenhang natürlich nicht.

Wenn es um Führung geht, ist das Thema Beurteilungen natürlich evident. Am Beispiel der bayerischen Polizei wird gezeigt, welche neuen Wege auf diesen, kaum bezwingbaren Berg führen können. Es liegt nahe, in diesem Kontext auch die Führungstheorien zu betrachten und zu hinterfragen, ob das Kooperative Führungsmodell ausgedient hat. Stierle selbst tritt mit zwei weiteren Autoren ein politisch nicht ganz einfaches Terrain, indem er die Frage stellt, ob Polizei nicht längst aus dem Korsett einer Sicherheitsbehörde herausgewachsen und in ein Dienstleistungsunternehmen übergegangen ist. Allerdings ohne die dort erforderlichen Werkzeuge zur Verfügung gestellt zu bekommen. Den Leser erwarten an dieser Stelle interessante Erkenntnisse und Vorschläge. Ein anderer Autor greift die frühere Idee auf, Wissensschwund durch Refresher-Seminare wieder aufzubauen. Ja, das war alles schon mal da, verschwand aber schnell wieder in den Schubladen der Planer. Vermutlich deshalb, weil die Idee zwar gut und richtig, die Konzeptionen aber völlig unbrauchbar waren. Lassen Sie sich überraschen, welche neuen Vorschläge es gibt.

Nicht nur Wissen verschwindet mit der Zeit, sondern auch Ruhe, Ausgeglichenheit, Verständnis und Toleranz, wenn solche Werte täglich überbeansprucht werden. An dieser Stelle wird ein frühzeitig einsetzendes Monitoring

im Streifendienst gefordert, das nicht erst dann eingreift, wenn der Polizist krank ist, sondern rechtzeitig vorher.

Im Hauptteil 3 geht es um ein spannendes Thema, der Frage nach dem Selbstverständnis der Polizei. Welche „Street Cop Culture“ gilt denn heute, wie sieht die von zweigeteilter Laufbahn und Y-Ausbildung geprägte „Next Generation“ vor dem Hintergrund steigender Gewalt im Polizeiberuf tatsächlich aus. Geht es wieder zurück „back to the roots“ oder schafft es die Polizei, sich zu einer gesellschaftsfähigen neuen Gruppenkulturform zu emanzipieren?

Fünf Kapitel im 4. Hauptteil befassen sich ausschließlich mit dem betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) in der Polizei. Neben dem eigentlichen BGM, das hier auf der



neuen Plattform „Präventionsgesetz“ beschrieben wird, geht es um die Frage, welche Formen und Aspekte schief gegangener Führung krank machen, insbesondere aus dem Blickwinkel derer, die ohne Perspektive „Geführte“ bleiben. Dankbar muss man den Autoren sein, dass sie nicht nur die Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS), die mittlerweile nahezu jeder Schutzmann kennen sollte (falls er nicht sogar unter ihr leidet) erwähnen, sondern auch belastungsbedingte Persönlichkeitsveränderungen näher betrachten. Diese können unter Umständen Spätfolge einer PTBS sein, aber auch im Rahmen anderer traumatischer Ereignisse beziehungsweise Erlebnisse entstehen.

Im 5. Hauptteil kommen endlich die





Strategen in der Polizei zu Wort. Vier der sechs Kapitel bestreitet der Österreicher Siller. Er beginnt mit einem sehr gelungenen Ausflug in die philosophischen Höhen der Weltbilder und spiegelt diese an den Begriffen Strategie und Paradigma. Weiter erklärt er, welche Fallen sich für Beschäftigte hinter dem Begriff Change-Management verbergen und wie der Polizeiapparat mit wirtschaftlichen Methoden auf sein Wirkungspotenzial geprüft werden kann.

Im Anschluss an diese stark wissenschaftlich untermauerten Themen stellt die Autorin des folgenden Kapitels fest, dass unsere Polizei Teil einer Einwanderungsgesellschaft ist und trotzdem gute kriminalpräventive Arbeit leisten muss. Ob und wie das geht, stellt sie in ihrem ausführlichen Bericht dar. Zu guter Letzt wird die Frage aufgetan, ob ein professionelles Prozess- und Qualitätsmanagement nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Verwaltungsbetriebe nutzbringend sein kann. Im 6. Hauptteil werden die zuvor aufgestellten Thesen zur strategischen Steuerung in der Polizei an praktischen Beispielen aus Österreich, Nordrhein-Westfalen (Neues Steuerungs-Modell), Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern auf Gültigkeit untersucht.

Dem großen Thema Marketing in der Polizei widmet sich der vorletzte Hauptteil. In sieben Kapiteln geht es um das innere und äußere Marketing.

So wird die Wirksamkeit der Nutzung sozialer Medien auf den Prüfstand gestellt. Welche Auswirkungen hat ein positives Image in der Polizei auf das Sicherheitsgefühl der Menschen und was kann eine CI (Corporate Identity) dazu beitragen. Employer Branding, ein in der Verwaltung noch unüblicher Begriff kann die Wertschätzung einer Branche/eines Unternehmens für Arbeitssuchende beschreiben. Gelingt das auch in der Polizei? Stakeholder-Management, also der richtige Umgang mit Meinungsführern und ein „taktischer“ Einsatz der Medien in der Polizeiarbeit runden diesen Teil des Buches ab. Im achten und letzten Hauptteil wird hauptsächlich über Auslandseinsätze diskutiert, die bereits weiter oben besprochen wurden.

Bleiben noch zwei Kapitel. Im ersten stellt sich der Herausgeber die Frage, ob die Polizei als Sicherheitsgarant in der Zukunft ausreichend sei. Er gibt eine klare Antwort: Nein, sie kann es nicht. Wie es dennoch im Verbund mit weiteren Sicherheitsinstitutionen gelingen kann, wird klar und plausibel abgeleitet und begründet.

Abschließend gibt es noch ein Aplädoyer für die Kooperation zwischen Polizei und den Management-Wissenschaften. Zu Recht. Die Zeit einsamer Anordnungen noch einsamerer „Lonesom Rider“ ist vorbei. Es heißt klug und geschickt zu führen, alle im Boot zu haben und auch die

weitesten Ziele nicht aus den Augen zu verlieren.

Fazit

Das Handbuch Polizeimanagement ist einmal mehr ein erstklassiges Buch, weil es aktuelle Polizeiprobleme mal auf eine nicht alltägliche Art und Weise angeht, indem die Autoren Themen, die sie als diskussionswürdig identifiziert haben, losgelöst von der in vergleichbarer Literatur üblichen Weise zusammengestellt haben und umfassend auf einer sehr hohen fachlichen Ebene diskutieren. Hinzu gesellen sich die autarke Lesbarkeit der Kapitel, die schriftlich gute Darstellung sowie das Angebot zur Weiterverwendung in Forschung und Lehre aufgrund der umfangreichen Quellenangaben. Das Buch gehört als Standardwerk in den Bücherschrank eines jeden Polizisten, einer jeden Polizistin, der/die irgendwann einmal in die Lage geraten sollte, andere Menschen zu führen. Und es würde sicher nicht schaden, wenn er oder sie es zuvor auch gelesen hätte.

Hans Jürgen Marker

Handbuch Polizeimanagement, Herausgegeben von Jürgen Stierle, Dieter Wehe, Helmut Siller, Springer Gabler Verlag, 1. Auflage 2017, 114 schwarz-weiße Abbildungen, 2 gebundene Bücher, 1.237 Seiten, 119,99 Euro, ISBN 3658089253



Nr. 9 • 66. Jahrgang 2017 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



Druckauflage dieser Ausgabe:
183.361 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto: Dieter Klar/dpa

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



KRIMINOLOGIE

Für Studium und Praxis

Von **Horst Clages** und **Ines Zeitner**.



3. Auflage 2016

Umfang: 392 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 24,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0771-0

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 18,99 € [D]

Dieses Fachbuch behandelt alle wesentlichen theoretischen Inhalte des Studienfaches Kriminologie, die für die Fachhochschulausbildung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes vorgesehen sind. Aufbau und Gliederung des Werks sind eng an die Lehrpläne angelehnt, wie sie bundesweit eingesetzt werden.

Der erste Teil des Buches bietet zunächst einen Überblick über wesentliche Grundlagen der Kriminologie und stellt dabei insbesondere die polizeiliche Aufgabenbewältigung anwendungsbezogener Kriminologie in den Mittelpunkt. Eine Einführung in die Bedeutung und Methodik kriminologisch-kriminalistischer Kriminalitätsanalysen leitet den zweiten Teil des Buches ein, der in Deliktsanalysen systematisch zahlreiche Einzeldelikte in der in Lehre und Praxis angewendeten schematisierten Form darstellt.

Für diese Neuauflage wurde der Inhalt des Buches von den Autoren überarbeitet und aktualisiert sowie die Systematik der Deliktsanalyse neben der „Phänomenologie“ und „Ätiologie“ um den Gliederungspunkt „Kriminalitätskontrolle“ erweitert. Fallrepetitorien erleichtern dem Leser den Transfer von der Theorie zur Praxis und bilden damit eine wertvolle Hilfestellung für die Prüfungsvorbereitung.



DIE AUTOREN

Horst Clages, Leitender Kriminaldirektor a.D. und Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik e.V.

Ines Zeitner, Kriminaloberrätin, Dozentin für Kriminalwissenschaften und Berufsreflexion an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

WERBEMITTEL 2018

Erscheinungsdatum:
15. September

Zum Katalogwechsel nehmen wir einige Produkte aus dem Sortiment, hier einige Beispiele.



HALFAR

Rucksack „Reflex“

Rucksack mit großem Hauptfach, 2-Wege-Reißverschluss und Regenpatte, innen Netzfach, gepolstertes Einsteckfach, Kopfhörerausgang. Vortasche mit 2-Wege-Reißverschluss, Regenpatte und Organizer. Handgriff. Rückenteil und Träger gepolstert. Höhenverstellbarer Brustgurt. Leuchtend neon-gelbes Hauptmaterial mit 3M™ Scotchlite™ Reflexstreifen. Polyester 600 D. 27/30 x 42 x 15 cm. 120941

 ~~21,10 €~~ 25,40 €

**SONDER-
ANGEBOTSPREIS**

 16,10 € 20,40 €



Umhängetasche „Reflex“

Umhängetasche mit großem Hauptfach, flaches Einsteckfach mit Organisterelementen, Reißverschlusstasche auf dem Überschlapp. Längenverstellbarer Schultergurt mit genähtem Schulterpolster. Leuchtend neon-gelbes Hauptmaterial mit 3M™ Scotchlite™ Reflexstreifen. Polyester 600 D.

35 x 28 x 12 cm. Ohne Inhalt. 120940

 ~~16,35 €~~ 19,95 €

SONDERANGEBOTSPREIS

 11,35 € 14,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Mehr im Shop unter
[www.osg-werbemittel.de/
produkte/sonderangebote](http://www.osg-werbemittel.de/produkte/sonderangebote)

Lieferung nur solange der Vorrat reicht.